

Bezugspreis:

Bezugspreis: Einzelheft 60.— M. monatlich 20.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 20.— M. einfach Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Westpreußen, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Ostpreußen, Ungarn und Luxemburg 24.— M. für das übrige Ausland 72.— M. Postbestellungen nehmen an Deutschland, Ungarn, Tschetsch-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Ereignis und Hintergrund“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Woriuplan 15195-97
Expedition Woriuplan 11753-54

Freitag, den 20. Januar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Woriuplan 11753-54

Anzeigenpreis:

Die kleinstmögliche Anzeigenzeile kostet 2.— M. „Aleine Anzeigen“ das istgedruckte Wort 2.— M. (unabhängig vom Zeilenumfang), jedes weitere Wort 1.50 M. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 1.50 M. jedes weitere Wort 1.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten je Zeile 4.— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Grunderhebung.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstr. 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 3 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Vertrauensvotum für Poincaré.

Paris, 19. Januar. (W.F.B.) Ministerpräsident Poincaré nahm nach Schluß der Debatte die Tagesordnung an, die die Erklärungen der Regierung billigt. Ihr das Vertrauen ausspricht, jeden weiteren Zufuhr ablehnt und zur Tagesordnung übergeht. Dieser Tagesordnung wird die Priorität mit 472 gegen 107 Stimmen zugesprochen und schließlich die Tagesordnung durch Aufheben der Hände angenommen.

Die Erklärung, mit der die Regierung Poincaré gestern ihr Amt antrat, unterscheidet sich in ihrem Wortlaut wenig von den anderen französischen Regierungsproklamationen, die wir seit Friedensschluß gelesen haben. Briand hat manchmal sogar schärfere Töne gefunden, als sie hier angeschlagen werden. Aber Briand ist ein Meister der Latitü, der nicht immer sagt, was er denkt, und nicht immer denkt, was er sagt. Er trägt in seinen Reden vorhandenen Gefühlen Rechnung, um indessen in seiner Politik Wege der sachlichen Vernunft zu finden.

Die Erklärung der Regierung Poincaré ist aber nicht ein Zugeständnis an die Stimmung des nationalen Bloks, sondern der Ausdruck seiner Gesinnung. Poincaré macht keine großen Worte, um zu beschwichtigen, sondern er vermeidet eher Schärfe des Ausdrucks, um dafür im Sachlichen desto schärfer zu sein. Alles, was er sagt, ist bitter ernst gemeint.

Der neue französische Ministerpräsident hat die Grundzüge seiner Politik mit strenger Logik nach seinem Weltbild gestaltet. Er sieht nichts als den Krieg, der gewesen ist, und die Bündnisse, die in ihm geschlossen wurden, und den Vertrag, der Frankreich Rechte gibt. An den Krieg will er immer denken, die Bündnisse will er zu Frankreichs Sicherheit festigen. Frankreichs Rechte will er durchsetzen. Nichts liegt ihm ferner als der Gedanke, daß jemals um der Menschheit und am Ende auch um des französischen Volkes willen auch nur die geringste Abweichung von diesen starren Regeln möglich wäre.

Poincaré begnügt sich aber nicht damit, an dem Vertrag von Versailles festzuhalten, er legt ihm auch mit äußerster Härte und kalt berechneter Gesinnung gegen das deutsche Volk aus. Während unsere Vertragsgegner in letzter Zeit darin einig waren, den Erfüllungsmissen der Regierung Wirth anzuerkennen, auch Briand hatte für ihn anerkennende Worte gefunden, unterstellt Poincaré dieser Regierung die Absicht, das Reich künstlich zahlungsunfähig zu machen um — wirklich! — „die Nation zu bereichern“. Und auf diese künstliche Voraussetzung baut er dann, wieder ganz logisch, den Schluß auf, daß die Verbündeten von Deutschland Pänder und Garantien zu nehmen hätten und daß sie berechtigt seien, über unsere Wirtschaft eine weitgehende Kontrolle auszuüben.

Er findet ebenso Deutschland bei der Erfüllung seiner Pflichten hinsichtlich der Abrüstung und der Befragung der Kriegsverbrecher im Rückstande, um auch darauf die Forderung nach neuen Sanktionen zu begründen. Schließlich spricht er den tiefsten Wunsch seines Herzens aus, indem er von den Verbündeten eine Erklärung darüber verlangt, daß wegen der behaupteten Vertragsverletzungen Deutschlands die Räumungsfristen für das besetzte Gebiet noch nicht zu laufen begonnen hätten.

Bekanntlich ist das besetzte Gebiet in drei Zonen eingeteilt, von denen die erste in fünf Jahren nach Ratifizierung des Vertrages, die zweite in zehn, die dritte in fünfzehn Jahren geräumt werden soll. Die Verbündeten sind aber berechtigt, diese Fristen auszuweiten, wenn Deutschland seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Poincarés Logik geht nun dahin: Deutschland darf seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen sein, damit die Franzosen für ewige Zeit am Rhein ihr Militärregiment aufrichten können. Sie fragt nicht, ob die Bedingungen des Vertrags nicht zum Teil so beschaffen sind, daß Deutschland sie selbst beim besten Willen nicht erfüllen kann, er konstruiert ganz einfach: Hier sind die Buchstaben des Vertrages, wird nicht alles genau so erfüllt, wie es geschrieben steht, dann darf Frankreichs Armee ewig auf deutschem Boden stehen bleiben.

Regativ ist an der Erklärung bemerkenswert, daß sie mit keinem Wort, mit keinem Ton die Absicht verrät, unter Umständen auch auf eigene Faust vorzugehen. Frankreichs Royalität, sein Wille, sich mit den Verbündeten zu verständigen, wird scharf betont. Bleibt es dabei, so wird es sich zunächst um eine Auseinandersetzung zwischen Frankreich und seinen Verbündeten handeln, die nach Poincarés Ankündigung in der „Sprache der Offenheit, Mäßigung und Freundschaft“ geführt werden soll, und Deutschland wird das Ergebnis abwarten haben.

Rein, in der Welt Poincarés gibt es keine allgemeinen Menschheitsinteressen, keine Sorge um den allgemeinen Wiederaufbau der Wirtschaft, auch keine Sorge um das Schicksal des arbeitenden Volkes von Frankreich selbst. Es gibt in ihr nur Verträge, Stipulationen, Befehle und Prozesse, die um sie geführt werden, nur Budgetziffern, Steuern und militärische Interessen. Die Frage, wie diese Verträge zustande gekommen sind und ob nicht schließlich ein allgemeines Weltinteresse ihre elastische Anwendung erfordert — von Revision gar nicht zu reden — ist nicht erlaubt. Das Ganze repräsentiert sich als ein bis zum äußersten starres System, für das es nur zwei Möglichkeiten gibt: sich entweder restlos durchzusetzen oder zu zerbrechen.

Die Durchsetzung dieses Systems bedeutet nichts anderes als die Jahrzehnte hindurch fortgesetzte Zerstörung der deutschen Volkskraft, kaltherzig, paragraphenmäßig durchgeführt bis zur völligen Vernichtung. Denn da Deutschland niemals bis auf den letzten Buchstaben alles erfüllen kann, würde es immer neuen Sanktionen, Kontrollen und Bedrückungen ausgesetzt sein, bis der letzte Rest seiner eigenen nationalen Existenz erlischt. Diesen Weg will Poincaré mit dem französischen Volk und seinen Verbündeten gehen. Er kann ihn nicht gehen, wenn er nicht das französische Volk und die Verbündeten an seiner Seite findet.

Das Leben der Völker, auch des französischen, baut sich aber auf anderen Grundlagen auf, als bloß auf Paragraphen, und auch die starken Männer von Versailles waren nicht stark genug, der Weltgeschichte für die nächsten Jahrzehnte ihren Gang vorschreiben zu können. Ein Tor, wer sich des vermißt, und wäre er ein noch so großer Logiker!

Poincarés starres System muß am lebendigen Leben zerbrechen, und je rascher das französische Volk und seine Verbündeten das begreifen, desto besser wird es für ganz Europa sein. Es gibt eine deutsche Republik, es gibt ein deutsches Volk, das leben will und das leben muß, wenn auch Herr Poincaré diese Notwendigkeit nicht einzusehen scheint. Die Welt will keine Wüste werden, in der die Paragraphen triumphieren und die Bataillone marschieren.

Für Deutschland ist die Erklärung der neuen französischen Regierung eine einzige Mahnung: „Hüte dich!“ Wahrhaftig, Dummdheiten könnten uns niemals gefährlicher werden wie jetzt. Für den Kampf, den die deutsche Republik jetzt zu führen hat, nicht für sich allein, sondern für die Interessen der ganzen Welt, braucht sie die Hilfe aller Einsichtigen in der ganzen Welt. Sie muß den schlüssigen Beweis dafür liefern, daß jedes Zurückbleiben ihrer Leistungen hinter dem Vertrag nicht auf ihren bösen Willen zurückzuführen ist, sondern auf den Vertrag, der Unmögliches verlangt, um den Vorwand zu liefern für ungerechtes Tun. Diesen Beweis wird sie aber niemals durch theoretische Erörterungen führen können, sondern nur durch offensichtliche Leistungen, die die Grenzen des Möglichen erreichen.

Die Politik, die wir in den letzten acht Monaten getrieben haben, gibt uns die Möglichkeit, der weiteren Entwicklung der Dinge kaltblütig entgegenzusehen. Die strengen Winter sind's, die kurz regieren.

Das Ergebnis der gestrigen Kammerabstimmung ist nicht überraschend. Für die neue Regierung hat der gesamte nationale Bloks gestimmt, sowie eine Reihe von Deputierten, die die Taten der neuen Regierung erst abwarten wollen. Gegen sie stimmten die Sozialisten, die Kommunisten und etwa 50 Radikale. Die Zahl der Stimmenthaltungen war bei einer Gesamtzahl von 579 Abstimmenden (die Kammer zählt etwa 600 Mitglieder) gering.

Die Regierungserklärung.

Paris, 19. Januar. (W.F.B.) In der ministeriellen Erklärung, die Poincaré heute nachmittags in der Kammer und Barhou im Senat verlesen hat, heißt es:

Von dem Präsidenten der Republik zur Wiederübernahme der Regierungsmacht unter ersten Umständen berufen, hat das Kabinett, welches sich Ihnen hiermit vorstellt, keinen anderen Ehrgeiz, als in enger Zusammenarbeit mit dem Parlament die Achtung vor den Verträgen herzustellen, welche die Friedensbedingungen enthalten. Um unser Programm zu erläutern, machen wir uns die Worte zu eigen, die die Präsidenten von Kammer und Senat bei der Eröffnung der Tagung gesprochen haben. Poincaré bemerkt dann, daß das Verschwinden der vorläufigen Zwölftel die Vorbereitung des Haushaltsvoranschläges für 1922 erleichtert. Aber so energisch auch unsere Bemühungen sein mögen, können wir doch nur dann ganz sicher sein, die französischen Finanzen zu retten, wenn Deutschland, für dessen Rechnung wir schon viele Milliarden ausgeleert haben, sämtliche Verpflichtungen erfüllt, die es übernommen hat, und die Schäden wieder gutmacht, die es verursacht hat. Es wäre

die schreckendste Ungerechtigkeit.

wenn ein Land, das einen unentschuldigten Angriff erdulden mußte, und von dem 18 Departements durch die Invasion vernichtet wurden, nach dem Siege auf seine Ruinen die Ruinen wieder aufzubauen müßte, die ein Krieg von vierjähriger Dauer auf seinem Gebiet geschaffen hat, und wenn es seinen Steuerpflichtigen zumuten müßte, die regelmäßigen Zuwendungen für die Hinterbliebenen der Kriegssopfer, die Witwen und Waisen, für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen der bürgerlichen Familien, die vom Feinde erschossen worden sind, sicherzustellen.

Eine schamlose Propaganda, deren geistige Urheber nur zu leicht zu vermuten sind, richtet sich heute gegen Frankreich und bemüht sich, seine Haltung und seine Absichten zu entstellen. Man schädert uns in einer Weise, als seien wir

von einer Art imperialistischer Tollheit befallen.

Man beschuldigt uns, im geheimen verdächtige Absichten zu hegen, als ob uns der Krieg nicht genug Trauer gebracht und nicht genug Opfer gekostet hätte und als ob wir nicht teurer als alle anderen den Frieden erkaufen hätten, den wir sichern wollen. Wir fordern Einhaltung der Verträge, die das Parlament angenommen hat, der Verträge, die an der Seite der Unterschrift Deutschlands die Frankreichs und seiner Alliierten tragen. Wir fordern nur die Zahlung dessen, was man uns schuldet. Wie könnte Frankreich in dieser lebenswichtigen Frage nachgeben? Deutschland behauptet, es sei zahlungsunfähig. Im Gegenteil,

Deutschland verschleudert systematisch seine staatlichen Mittel,

es zahlt weniger Steuern als Frankreich und erhält keine Steuerbeiträge regelmäßig. Es macht unbegründete Ausgaben und gibt Papiergeld aus, das den Wert seines Geldes verringert und seine Ausgabe fördert. Es sieht darauf, daß die Großindustriellen ihre ausländischen Zahlungsmittel in ausländischen Unternehmungen anlegen. Während es aber dieses scheinbare Geld organisiert, verteilen seine Gesellschaften riesige Dividenden, arbeiten seine Fabriken in vollem Umfange, nimmt seine wirtschaftliche Stärke jeden Tag zu, und wenn sich der Staat ruiniert.

so bereichert sich doch die Nation.

Nun ist es aber die ganze Nation, die mit ihrem Kapital und Einkommen Bürge der Staatsbankrott ist, und im Namen der Nation wurde der Vertrag von Versailles, der von der Reparationskommission aufgestellte Zahlungsplan und die im Mai 1921 aufgestellte Gesamtsforderung der Alliierten angenommen. Frankreich verteidigt nur die internationalen Abkommen, und es gehorcht weder einem Gefühl des Hasses und der Rache noch den Einflüsterungen des Egoismus. Es hat den lebhaftesten Wunsch, die Welt sobald wie möglich aus dem schmerzlichen Unbehagen herauskommen zu sehen, das auf ihr lastet. Die Regierung ist jedoch der Ansicht, daß die grundlegende Bedingung für einen allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau die

Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete

in den beiden Ländern ist, die zuerst von den Deutschen angegriffen wurden, die in der Not untrennbar waren, und die diese Not untrennbar verband, nämlich Belgien und Frankreich. Nicht nur die Gerechtigkeit fordert eine Wiederherstellung, sondern das allgemeine Weltinteresse. Wenn Frankreich und Belgien zum Ruin verurteilt werden, so würde das den unvermeidlichen Mißerfolg aller weiteren Versuche bedeuten. Das Problem der Reparationen beherrscht daher alle anderen, und wenn Deutschland in dieser wichtigen Frage seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, so werden wir die nach der Ansicht der Reparationskommission zu ergreifenden Maßnahmen zu prüfen haben, und die erste wird sich, ohne vorzugreifen, auf Pfänder und Garantien beziehen, deren Notwendigkeit anerkannt werden kann, auf die Einrichtung einer wirksamen und ernstlichen Kontrolle über den Reichshaushalt, die Notenausgabe und die Ausfuhr Deutschlands. So wichtig auch diese Angelegenheit für Frankreich ist, so darf sie uns doch die anderen Bestimmungen des Vertrages von Versailles nicht vergessen lassen, wie die Abrüstung und die Befragung der Kriegsverbrecher. Solange diese nicht ausgeführt sind, werden wir nicht nur vollkommen berechtigt sein,

die Sanktionen beizubehalten und weitere zu ergreifen,

sondern wir werden auch ermächtigt sein, zu erklären, daß die Räumungsfristen für das linke Rheinufer noch nicht zu laufen begonnen haben.

Das ist die Auffassung, welche die französische Regierung immer vertrat. Mehr als je ist es wichtig, sie beizubehalten. In diesen verschiedenen Fragen und in allen denen, vor die wir noch gestellt werden, werden wir uns loyal berechnen und uns mit unseren Verbündeten verständigen. Wir werden die Prüfung der Angelegenheiten wieder aufnehmen, die vorübergehend Mißverständnisse hervorgerufen haben, und wir werden uns bemühen, diese unverzüglich beizulegen.

Eine wirksame Garantie für den Frieden ist das Bestehen von Abkommen zwischen den Völkern, welche durch die Gemeinsamkeit der Interessen geboten sind, wie der Kleinen Entente, deren Geburt Frankreich freudig begrüßt und deren Fortschritt es mit voller Sympathie verfolgt. Die Regierung wird es sich zur Ehre anrechnen, ihre tätige Mitwirkung bei dem Bölkerbund fortzusetzen. Die Ergebnisse, die er schon erzielt hat, lassen erkennen, was die Welt mit Recht von ihm erwarten kann.

Die Einladung zur Konferenz von Genoa

wurde von den Alliierten versandt. Wir werden nachdrücklich fordern, daß die im Programm von Cannes festgelegten Bedin-

Forderungen von den Interessierten vor jeder anderen Debatte angenommen oder abgelehnt werden, und daß keine Bestimmung der Verträge auch nur indirekt auf der Konferenz in die Debatte gezogen werde. Wenn wir in dieser Hinsicht keine sichere Bürgschaft erhalten, so werden wir gezwungen sein, uns volle Handlungsfreiheit vorzubehalten.

Wir werden uns sehr glücklich schätzen, wenn das Abkommen, das der Festigung des Friedens dienen soll, bald von Frankreich und England unterzeichnet werden kann. Wir zweifeln nicht daran, daß es in beiden Ländern auf der Grundlage absoluter Gleichberechtigung unterzeichnet werden kann, da es beiden Völkern nützen soll. Wir zweifeln auch nicht daran, daß dieses Abkommen

ohne Einschränkung die gegenwärtigen und künftigen Garantien beibehält.

wie sie die Friedensverträge anerkennen. Wir werden uns gleichzeitig mit Italien und England zu verständigen haben, um zu versuchen, im Orient die Wiederaufnahme der Freundschaften zwischen Griechen und Türken zu verhindern, um im Unverständnis mit unseren Verbündeten Ruhe aus dem Abkommen von Angora zu ziehen, und endlich wieder Ruhe an den Küsten Europas zu schaffen. Wir können auf diese Art unser Mandat in Syrien freier und ohne zu große Ausgaben ausüben und das Wohl der Bevölkerung, die Frankreich jederzeit freundlich gesinnt war, fördern. Wir stehen nicht an, hinzuzufügen, daß wir die freundschaftlichsten Beziehungen zu allen anderen Völkern pflegen, die an unserer Seite für das Recht der Menschheit kämpfen, besonders zu den Vereinigten Staaten, deren Mitwirkung sowie zu dem gemeinsamen Siege beizugehen und die jetzt auf der Konferenz von Washington einen so deutlichen Beweis ihrer edlen Gesinnung gegeben haben. Gegen alle unsere Verbündeten werden wir dauernd bemüht sein, die Sprache der

Nähegang, Offenheit und Freundschaft

zu führen, und wir wissen, daß diese sich niemals daran setzen werden, daß wir hoflich, aber entschlossen die Interessen Frankreichs vertreten wie sie ihre eigenen vertreten. Bei der Arbeit an diesem nationalen Werke können wir nur mit der Unterstützung der Kameraden Erfolg haben. Wir fordern alle diejenigen unter Ihnen, die sich des Erstes der Stunde bemüht sind, auf, in der Achtung vor dem Befehl der Republik und zur Wahrung der Rechte Frankreichs zusammenzutreten.

Die Kammer Sitzung.

Paris, 19. Januar. (M.D.) In der heutigen Kammer Sitzung, die seitens des Publikums stark besucht war, verlas Ministerpräsident Poincaré die bereits gemeinschaftlich ministerielle Erklärung. Als er die Kammertribüne bestieg, wurde er vom Protest der Sozialisten bis weit in die bürgerliche Mitte hinein empfangen. Die Erklärung wurde aufmerksam angehört. Fast einmütig wurden die Stellen der Erklärung bekräftigt, die von der Reparation sprachen, auch die Bewahrung gegen eine schamlose Propaganda tief Beifall hervor und ferner die Stelle, daß das gesamte deutsche Volk für die Staatsschuld hafte. Auch soll nach dem „Havas“-Bericht die Stelle mit Begeisterung aufgenommen worden sein, die von den Besetzungsräten des linken Rheinsfers spricht. Die Stelle der Rede, die sich mit der Konferenz von Genua beschäftigt, rief den Protest der Sozialisten hervor.

In der auf die Rede folgende Interpellationsdebatte ergriff der Sozialist Alexandre Barenne, Poincaré habe mit der Tradition gebrochen, daß ein ehemaliger Präsident der Republik sich in das Privatleben zurückziehe. Er sei in die Schlacht zurückgekehrt, aber noch Ansicht der Sozialisten von der falschen Seite, und deshalb seien sie seine entschlossenen Gegner. Die Ueberrahme der Regierung habe in der Kammer große Erregung geschaffen. (Zuruf auf der Rechten und aus der Mitte: In Deutschland!) In Stelle eines Ministeriums der nationalen Union habe Poincaré ein Ministerium des nationalen Bunds geschaffen, wie habe das

Ministerium Bestand ohne Bestand

geschickel. Sollten sich die Mitarbeiter Briand's zu Poincaré's Politik bekehrt haben? Dann hätte man unrecht getan, das Ministerium Briand zu stürzen. Poincaré weiche von seinem Vorgänger wesentlich in bezug auf die Anwendung des Friedensvertrages von Versailles und in bezug auf den Obersten Rat ab. Die internationalen Konferenzen bedeuteten einen wesentlichen Fortschritt. Es bedeute eine ungeheure Gefahr, darauf zu verzichten. Die Verträge, die Frankreich abgeschlossen habe, müßten besonnen diskutiert werden. Der Friedensvertrag von Versailles sei nicht nur zwischen Frankreich und Deutschland abgeschlossen worden, sondern zwischen den Alliierten und Deutschland. Wenn die Alliierten

Frankreich nicht in der Politik des Zwanges folgten, was werde Deutschland tun? Werde es offen vorgehen? Entweder werde sich Deutschland widersetzen oder es werde sich beugen. Im ersten Falle werde die französische Regierung die Alliierten nicht auf ihrer Seite haben. Die andere Politik habe den Vorteil, daß die Alliierten mit Frankreich gehen würden, während die Politik von Poincaré zur Isolation führe. Barenne forderte schließlich Erklärung über die Abkommen von Wiesbaden und Cannes. Er wünscht zu wissen, ob die Konferenz von Cannes unterbrochen worden sei, weil die Regierung durch eine Depesche gestört worden sei. Seien Verträge als Kompensation für das Rotoratorium erzielt worden? Es sei niemand in der Kammer, der die Notwendigkeit in Frage stelle, daß Frankreich Reparationen verlangen müsse, auf die es ein Anrecht habe. Die sozialistische Politik der Reparationen habe im Vergleich zur Politik Poincaré's den Vorteil, daß sie schon die Zustimmung eines Teiles der öffentlichen Meinung in Deutschland gefunden habe.

Einige meiner Freunde bereiten jetzt Deutschland und werden von der Volksmenge freundlich begrüßt. Ich verlange von Ihnen, daß Sie nicht den Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland entmischen, der reparieren will. Ich habe auch die Ueberzeugung, daß, wenn Sie alle anderen Lösungen versucht haben, Sie früher oder später, ich glaube, zu spät, zu den Lösungen zurückkehren werden, die praktische Menschen allein für realisierbar halten, nämlich, daß Deutschland bezahlen muß, was es mit Geld bezahlen kann und was nach internationalem Urteil mittels einer Wiederaufbaupolitik Europas aufgebracht wird, die die Konferenz von Genua beschließen will. Ich frage:

Gehen Sie nach Genua?

Ich nehme nicht an, daß Sie die Politik betreiben wollen, um bereitwillig gewisse Leute, die Sie mit Vergnügen haben kommen sehen. Ich glaube, daß Sie gezwungenenmaßen Seite an Seite mit England und Amerika marschieren werden. Poincaré nicht zustimmen mit dem Kopfe. Barenne fährt fort: Sie werden das Ruhrgebiet nicht belegen und viel früher nach Genua als nach Berlin gehen. Sie werden dieselbe Politik wie Ihr Vorgänger Briand betreiben, vielleicht mit etwas mehr Steifheit. (Lärm Daubert ruft: Und mit weniger Rigor! — er wird zur Ordnung gerufen.)

Der Kommunist Marcel Cachin sprach darauf von der Konferenz von Genua. Frankreich werde hingehen und dort Sowjetrußland antreffen. Die Vertreter Rußlands werden mit am Konferenztisch sitzen und mit den andern Völkern auf dem Fuße der Gleichheit diskutieren. Frankreich werde nicht in stande sein, lange Zeit ein Heer und eine Marine zu unterhalten, die seine Kräfte übersteigen. Poincaré's Rückkehr zur Regierung habe große Erregung im Lande hervorgerufen. Cachin erinnert an die Politik, die Poincaré im Jahre 1914 getrieben habe und an die Briefe, die Iswolski an Stalinow gerichtet habe. Ministerpräsident Poincaré erwidert: Ich lese diesen Briefen das formelle Demotiv entgegen. Ich habe sie niemals gesehen, sie existieren nicht. (?) Abg. Cachin erwidert: Wenden Sie sich an Iswolski (Mehrere Abgeordnete rufen: Der ist tot!) Ministerpräsident Poincaré erklärt: Ich bedauere, daß auf der Kammertribüne Behauptungen aufgestellt werden, die nicht mehr deklariert werden können. Diese Briefe existieren nicht, und wenn sie existieren, dann sind sie falsch. Uebrigens wird die Kammer bald ein Gelbbuch über alle Ereignisse auf dem Balkan erhalten.

Abg. Cachin fährt fort: Wir glauben an Gelbbücher nicht mehr. Poincaré erwidert: Ich autorisiere Sie, selbst die Depeschen durchzustudieren, die sich am Quai d'Orsay befinden. Cachin beendet seine Rede mit der Erklärung, das Proklamator sei gegen jede Politik, die wieder zum Kriege führen könne.

Hierauf ergriff Abg. Marc Sangnier (ein christlich-sozialer Eigenbrötler) das Wort. Er sagte, es wäre beleidigend für Poincaré, zu glauben, daß der Ministerpräsident nicht mit dem Schriftsteller der „Revue des deux mondes“ übereinstimme, aber der Mitarbeiter der „Revue des deux mondes“ habe die augenblickliche Lage zu düster dargestellt. Die Politik der Zukunft könne nicht anders sein, als die der Vergangenheit. Es gebe in Deutschland nicht nur Menschen von schlechtem Willen, es gebe dort auch ehrenhafte Menschen. (Abg. Bellef rief dazu: Zwischen: Es gibt nicht einen Menschen in Deutschland, der nicht die Revanche will!) Marc Sangnier bemüht sich in längeren Auseinandersetzungen zu beweisen, daß es in Deutschland zahlreiche Pazifisten gebe. Viele Deutsche hätten gegen die preussische Beherrschung gekämpft. Sie dürften nicht durch die Haltung Frankreichs entmutigt werden. Er bedauere, daß über die Reparationen in Frankreich geredet werde. Schließlich verlangte er den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Es sei unmöglich, Europa ohne Deutschland und ohne Rußland wieder aufzubauen oder gegen sie

Keine Teilnahme Amerikas an Genua?

London, 19. Januar. (S.S.) Der Washingtoner Berichtserstatter des „Daily Express“ citiert, die Regierung der Vereinigten Staaten sei der Ansicht, Europa müsse das vom Chauvinismus aufgewählte Frankreich zur Vernunft bringen. Die Berater des Präsidenten Harding vertreten den Standpunkt, daß Amerika bei dem augenblicklichen Stande der Dinge kein Schlichteramt übernehmen dürfe, weil es sich sonst allen möglichen Arten von Haß aussetze. Aus diesen Gründen werde es der amerikanischen Regierung auch kaum möglich sein, an der Wertschaftskonferenz von Genua teilzunehmen.

Heldenzugling als Uhrendieb.

Die Straffade gegen den Reumant a. D. Krull wegen Ermordung der Rosa Luxemburg ist jetzt nach Meldung der Korrespondenz zu einem gewissen Abschluß gelangt. Krull ist auf Antrag des R.A. Bahn aus der Haft entlassen und die Voruntersuchung geschlossen worden. Die Akten liegen jetzt der Staatsanwaltschaft zur Entscheidung vor, ob Anklage erhoben werden soll. Das Verfahren gegen Krull kam dadurch in Gang, daß einer seiner Kameraden, Reumant Bracht, eine der Rosa Luxemburg gehörende Uhr dem Kommunisten Dr. West im Reichsloge vom Kauf anbot und dabei angab, daß er die Uhr mit anderen Gegenständen von Krull erhalten hätte. Daraufhin erstattete West beim Staatsanwaltschaftsamt Ortman Anzeige gegen Krull wegen Verstoßes an Rosa Luxemburg und Diebstahls der Uhr. Krull wurde verhaftet und eine große Zahl von Zeugen durch den Untersuchungsrichter Dr. Leiden vernommen. In der bekannten Straffache gegen den Jäger Kunge und den Oberleutnant Vogel war Krull lediglich als Zeuge genannt worden. (Ein Beweis für die „Sorgfalt“ dieses Verfahrens!) Schließlich, nachdem Krull acht Monate in Untersuchungshaft gefesselt hatte, hatte der Untersuchungsrichter angesichts der Voruntersuchung keine Möglichkeit mehr, den Haftbefehl aufrecht zu erhalten, auch der Staatsanwalt stimmte zu, nachdem die Akten dem Justizminister vorgelegen hatten. In Sachen der Uhr hat Bracht nicht aufrecht erhalten, daß sie ihm von Krull ausdrücklich mit anderen Sachen verpfändet worden sei. Krull behauptet, sie im Edenhofe an sich genommen (?) zu haben, nachdem sie durch verschiedene Hände gegangen sei.

Das Dreifachgesetz. Im Reichstagsauschuß für Volkswirtschaft wurde der Gesetzentwurf über den Verkehr mit ausländischen Zahlungen mitteln beraten. Für die Anwendung des Gesetzes im besetzten Gebiet und in Oberösterreich wurden besondere Garantien gefordert. Staatssekretär Dr. Hirsch: Die Regierung hat hinsichtlich der Wirksamkeit des Gesetzes in den besetzten Gebieten keine Bedenken. Wesentliche Veränderungen sind seit dem im Juli darüber stattgefundenen Erörterungen in den Rheinlanden nicht bekannt geworden. Rechtliche und tatsächliche Gründe sprechen daher nicht gegen die wirksame Inkraftsetzung des Gesetzes. Wohl weiß die Regierung, daß mit der gegenwärtigen Vorlage allein die deutsche Baluta nicht gehalten werden kann, aber die Rettung liegt nur in der Stabilisierung der Mark durch Ausgleich der Zahlungsbilanz und des inneren Etats. Vermindert sich die Reparationslast, so besteht eine gewisse Hoffnung, zu einer relativen Ruhe in den Zahlungsbilanz zu kommen. Die Ausbreitung der Zahlung in Auslandswährung führt zum Ruin der nationalen Währung. Dagegen will das Gesetz eine gewisse Sicherung der nationalen Baluta erzielen. — Berichterstatter Schöta (Ztr.) wies darauf hin, daß das Gesetz den legitimen Handel nicht betrifft. — Zu § 1 wurde ein deutschnationaler Antrag angenommen, wonach Geschäfte mit ausländischen Zahlungsmitteln nicht nur mit oder durch Vermittelung der Reichsbank, sondern auch durch diejenigen abgeschlossen werden dürfen, die eine Bescheinigung durch die zuständigen Handelskammer besitzen, abgesehen ein Antrag, wonach als Geschäft mit ausländischen Zahlungsmitteln nicht gelten soll, wenn ausländische Zahlungsmittel zum Zug gegenwärtig umgetauscht werden. Ein Antrag des Abg. Dermburg (Dem.) wurde zu § 6 hinzugefügt, wonach die im Gesetz festgesetzten Strafbestimmungen nur bei vorsätzlicher oder fahrlässiger Zuwiderhandlung eintreten sollen. Nach den Ausschussbeschlüssen wird das Gesetz am 1. April 1922 in Kraft treten. — Damit ist die zweite Lesung beendet.

Der Handelsvertrag zwischen der Tschechoslowakei und Polen ist in Frage vom Austausch für Auswärtiges noch einer Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. Beneš, daß der Vertrag mit Polen keine militärischen Verpflichtungen enthalte, angenommen worden.

In Reih und Glied.

Von Willt Birnbaum.

Kaj, ich weiß; er wehrt schmunzelnd ab, wenn er dieses best. Ich kenne ihn; er wird sagen: Nicht Begeisterung, Verehrung, Lob und es, die mich erfreuen, Reue, Reue, Besserwerden, Danken, Wirken und Schaffen geben nur Begeisterung! Das alles, was geschah, war so selbstverständlich, so zwingende Pflicht nur, daß ich mich ihm immer entziehen konnte.

In diesem großen, starken Körper wohnen so viele Seelen, unter diesem weichen Haupt jern so starke Schmerzen daß aufrichtige Freunde oftmals wähen, es sei an der Zeit, ihn zu schonen. Obwohl sie alle wissen: in diesem Manne sprudelt ein hoher Geist, sprüht jungfräulicher Lebensdrang, drängt kühnerhafter Wille, haust ein jäher, unermüdlicher Eifer. Sie alle sind immer wieder erschüttert, wenn er aus tiefster Erkenntnis und heiligem Eifer die Dinge packt. Da steht Erkenntnis, Lebensdrang und Hingebnis in jeder seiner Reden!

Kühner Idealismus, mutiger Lebensglaube, festgefrorene Zuversicht — all das liegt in ihm wie aus einem Guß.

Rehr als ein Menschener schon steht er in Reih und Glied, hat in vorderster Linie gestanden, im stärksten Kampfgewühl. Wunden brachte ihm der Kampf. Siegfriede Kämpfernatur ließ ihn aber auch die Schmerzen.

Wie schwer muß es ihm gewesen sein, als die Gesundheit ins Wanken kam, aus den vordersten Reihen zurückzutreten, das Kampffeld anderen, Stärkeren, Jüngeren zu überlassen.

Aber auch gebrochene Gesundheit ließ ihn nicht ruhen: er stand wieder auf anderen Posten Pflichtmenschen fühlen nur in Arbeit sich wohl!

Ich — und all die freien Spötter, die da wähen, Politik sei ein einträglich Geschäft, die könnte er Lügen strafen, daß sie vor Scham in den Abgrund stürzen müßten.

Und dennoch bringt keine Klage über seine Lippen, ist so gar nicht Bitterkeit in ihm. Ein heftigstes Lachen, poetisches, herzliches Gemüt macht selbst Gegner dem Menschen zu Freunden. Und das ist das wahrhaft Große, Schöne um ihn.

So länger ich ihn nun kenne, um so höher wächst er aus aller Umgebung hervor: Er steht wie ein ertöteter Rost über Kleinmut, Haß, Mißgunst, Zweifel erhaben!

In Arbeitsgemeinschaft mit all den vielen anderen gilt sein Schaffen dem leidenden Volke. Ein menschenwürdig, abig Volk ist ihm Ziel!

Wie weh mir auch ist, wenn ich ihn so körperlich leidend, schmerzbezügeln in unserer Mitte sehe, ich möchte es ihm dennoch nicht fagen: „Sporn aus! Du hast die Ruhe in Ehren verdient!“ Ich weiß, das war ihm die schwerste Wunde.

Es gibt Menschen, die nur glücklich sind, wenn sie in den Stufen stehen!

Der Winter im Riesengebirge. Aus Krummhübel wird geschrieben: Nun liegt oben in der Kommtregion Reuschnee in Massen, auf den moorigen Hochflächen im Durchschnitt gegen 2 Meter hoch und dort, wo Beremungen entstanden sind, bis zu 2 1/2 Metern und mehr. Unter solchen Umständen sind die Sportverhältnisse für Schneeschuhläufer überall in Riesengebirge ideal. Auch die verschiedenen Seitentäler des Riesens und Berges sind mit Schnee überschüttet, so daß Rodeln, und Bobbahnen gar nicht schöner sein können. Dabei besteht andauernde Reizung zu neuen Schneefällen. Von den Höhen aus sieht man das herrliche Panorama der schneebedeckten Täler. Neben den großen Sportbahnen sind bei vielen Gebirgsorten kleinere Bahnen entstanden, zu denen ein gut Teil des Verkehrs flutet, dem die hochgelegenen Hauptwinterportplätze zu fast völlig sind. So haben es auf der schieflichen Seite des Berges neuerdings z. B. Seidorf, Arnsdorf, Wiesdorf, Hermsdorf (Kynast), Fischbach und das reizend in den hohen Kuchelwäldern belegene Malerdröckchen Riesewald zu ganz ansehnlichen Winterport gebracht. Dabei sind die dortigen Sportbahnen nur vom Standpunkt des Hochgebirges aus als klein zu betrachten. Für den, der aus dem Tiefland in unsere in herrlichem Winterschnee prangenden Berge kommt, sind sie durchaus ansehnlich.

In Krummhübel wurde am Sonntag bei sehr starkem Andrang die deutsche Skimeisterschaft ausgetragen. Es hatten sich über 150 der besten Schneeschuhläufer aus Deutschland, Oesterreich, Ungarn und den nördlichen Ländern dazu eingefunden. Den Titel Meisterschaftsfahrer 1922 und damit den Goldenen St. erwarb Vincenz Buchberger aus St. Peter im Klausgrund.

Den Damenentscheidungen im Eibdenbruch bei Oberhofen sind solche im Riesengebirge und in den Riesegruben gefolgt; sie haben jedoch niemand in Gefahr gebracht. Dagegen ist ein Kaufmann aus Breslau ein Opfer des Bergwinters geworden und als Belege in die Schneegrubenbaude gebracht worden, weil er es fahrlässigweise gewagt hatte, von der Reuten Schließchen Baude aus bei Schneefall und eisiger Luft ohne Schneeschuhe oder Schneereifen über den meterhohen Reuschnee zur Peter-Baude zu laufen und von dort ins Tal zu rodeln. Auch dieses betäubende Vorkommnis zeigt wieder, wie gefährlich der Hochgebirgswinter auch in unseren Bergen ist und wie es immer wieder Leute gibt, die diese Gefahren unterschätzen!

Die Schmiede über die 60-Pfennig-Marke. Der Bund der deutschen Schmiede-Innungen hat sich mit dem Markenbild der 60-Pfennig-Briefmarke beschäftigt und dazu festgestellt: Zunächst arbeiten niemals vier Schmiede zusammen, sondern höchstens drei. Der für den Ausgang der Arbeit verantwortliche Schmied hält vor, d. h. er hält das Eisen, setzt den Schweißhammer, Schrottmeißel usw. auf und schmiedet mit dem Handhammer nach. Hierbei steht er vor der einen Längsseite des Ambosses, so daß das Horn des Ambosses nach links zeigt. Die anderen beiden Schmiede stehen auf der anderen Längsseite und schlagen mit dem sogenannten Vorschlaghammer zu. Das zu bearbeitende Stück Eisen ruht beim Schmieden nicht mit seiner Längsrichtung auf dem Amboss, sondern wird quer auf den Amboss gelegt. Der Vorschlaghammer wird vom Schmied so angefaßt, daß sich die rechte Hand etwa zwei Hand breit vom Hammer am Stiel befindet und von oben greift. Die linke Hand greift den Stiel etwa am Ende von unten. Der Hammerstiel muß sich also beim Zuschlagen

unter dem rechten Arm befinden. In dem Markenbild ist also vom sachlichen Standpunkt aus nicht mehr wie alles falsch. Es dürfte deshalb zweckmäßig sein, wenn sich die entwerfenden Künstler das, was sie darstellen wollen, zunächst einmal ansehen.

Das ist eine harte Kritik. Aber sie würde leicht wiegen, wenn die künstlerische Qualität der Marke stärker wäre. Denn auf die sachmäßige Richtigkeit kommt es bei einem Kunstwerke — und das sollte auch die Briefmarke sein — weder allein noch in erster Linie an.

Deutsches Spielzeug auf dem Weltmarkt. Die deutsche Spielzeugindustrie hatte vor dem Kriege herrschenden Einfluß auf den Markt; gingen doch fünf Ektel ihrer Produktion ins Ausland und beschäftigte sie gegen 100 000 Arbeiter. Der Krieg hatte den gesamten Auslandsmarkt verschlossen, jetzt aber sind — wie die letzten veröffentlichten Ziffern erkennen lassen — deutsche Spielwaren wieder in allen bedeutenden Ländern zu finden. Die Sommerberger Spielzeugindustrie, die vor dem Kriege etwa für 100 Millionen Goldmark exportierte, konnte im Jahre 1920 bereits wieder für 1,3 Milliarden ausführen. Die Hauptkäufer waren England, Amerika, Holland, Südamerika. Während England und Amerika noch nicht — naturgemäß in so kurzer Zeit — die gleiche Menge wie vor dem Kriege aufnehmen konnten, ist nach Holland, Südamerika, Dänemark und der Schweiz mehr Spielzeug ausgeführt worden, als es im Jahre vor dem Kriege der Fall war. Auch das Deutsche Reich ist Spielzeugfabrikant geworden, indem eine Leder-Geißelschiffahrt der „Deutschen Werke“ in Kürze die Herstellung von Qualitätspielzeug betreiben wird.

Spielplanänderung. Im Schloßparktheater ist die Entschleunigung von „Des Weeres und der Liebe Weisen“ auf Sonntag verschoben worden. Freitag: „Das Konzert“. Samstag: „Olympische Spiele“. Im Deutschen Künstlertheater gibt infolge Erkrankungen Sonntagabend und folgende Tage „Die Scheidungsreise“ mit Rag Malbert in Szene.

Offenbach „Cepheus in der Unterwelt“ wird im Großen Schauspielhaus am 31. Januar nicht aufgeführt, da am 1. Februar das Schopenhauer Ballett sein 14tägliches Gastspiel beginnt.

Au IX. Konzert der Volkshöhne. Das Sonntag milag 117, Uhr im Theater am Schloßparktheater, wird Edwin Richter Werke von Bach, Chopin, Mozart und Beethoven's 33 Sottationen über einen Walter von Diabelli spielen. Karten zu 4 R. für Mitglieder (Mitgliedsbeitrag 6 R.) in der Geschäftshalle, in den Schloßpark und an der Mittellasse.

Der 2. Vortrag von Dr. Schardt, der für die Volkshöhne am Montag im Kunstgewerbmuseum stattfinden sollte, muß aus dringenden Gründen auf den 1. Februar verschoben werden.

Wahrnehmungen. Sonntag 17. Uhr finden wissenschaftliche Vorträge durch Direktoraleamte im Kaiser-Richard-Raum (Nordostliche Abteilung), im Neuen Raum (Westliche Abteilung) und im Neuen Raum (Südliche Abteilung) statt. In der Mittellasse (Südliche Abteilung) hat. In der Mittellasse (Südliche Abteilung) hat. In der Mittellasse (Südliche Abteilung) hat.

Für Gartensänger! Am Sonntag, 22. Januar, findet in der Halle zu Schloßpark von 2-5 Uhr eine Schloßparkgärtner-Versammlung statt. Da die Direktoren der Leberbandnahme des Ungeheuers in Schloßpark, ist es notwendig, daß die Interessenten sich eine genaue Kenntnis aller möglichen und nützlichen Anzeichen verschaffen. Ein ausführlicher Vortrag findet um 4 Uhr statt. Eintritt 1,50 R.

Sozialdemokratie und Steuerfrage.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß sich am Donnerstag mehrere Stunden mit der Durchberatung der Kompromißvorschlage für die einzelnen Steuererhohe. Die Angebote der Reichsregierung wurden in mehreren Punkten als nicht weitgehend genug bezeichnet. Der Plan einer Zwangsanleihe vermag bei weiteren Zugeständnissen der Regierung vielleicht zu einer Verhandlung führen, wenn er als ein sichtbares Opfer des Besitzes zu betrachten ist.

Im Anschluß an die Fraktionsberatung tagte der gemeinsame Steuerauschuß der sozialistischen Parteien und freien Gewerkschaften. Ein Beschluß wurde in dieser Sitzung nicht gefaßt. Die Besprechungen galt dem ganzen Steuerkomplex, u. a. auch der Frage eines Mantelgesetzes, das alle Steuern umfaßt soll und vielleicht auch die Zustimmung der U.S.P. finden könnte. Vereinbart wurde, auch weiterhin Besprechungen über die Ergebnisse der interfraktionellen Beratungen abzuhalten.

Die erste interfraktionelle Sitzung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie findet heute statt. Die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, stehen den Steuerforderungen der Sozialdemokratie ablehnend gegenüber. Auch die Demokraten verhalten sich ablehnend und unterstützen wie bereits so oft auch heute die Taktik der Volkspartei. Ob die Unabhängigen, die sich durch ihren Leipziger Parteitag leider sehr die Hände gebunden haben, die Sozialdemokratie unterstützen werden, bleibt vorläufig noch abzuwarten.

Die Frage der „großen Koalition“, wie sie von bürgerlicher Seite angedeutet wurde, ist weder in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, noch in dem gemeinsamen Steuerauschuß der sozialistischen Parteien und freien Gewerkschaften besprochen worden.

Sitzung des Auswertigen Ausschusses.

Der Auswertige Ausschuß ist erneut zu einer Sitzung einberufen worden, und zwar zu heute vormittag 10 Uhr.

Der Vizepräsident des Reichstages zu Freitag einberufen.

Der Vizepräsident des Reichstages ist für heute vormittag 11 Uhr einberufen worden. Er soll sich darüber schlußig werden, wie die Steuerentwurfe und der andere vorliegende gesetzgeberische Stoff erledigt werden soll.

Die Geschaftsbearbeitung des Reichstages.

Man erinnert sich, daß das Auftreten von Mitgliedern der äußersten Rechten und der äußersten Linken wiederholt zu uneholten Austritten im Reichstag geführt hat. Der Geschaftsbearbeitungsausschuß hat sich deshalb mit der Frage beschäftigt, welche verstärkte Disziplinargewalt dem Präsidenten gegeben werden soll. Zu einer Einigung ist der Ausschuß bisher nicht gekommen. Er übergibt den Fraktionen eine Reihe von Anträgen zur Beratung innerhalb der Fraktionen. Ein Unterausschuß der Geschaftsbearbeitungskommission ist zu folgendem Vorschlag gekommen:

Im Falle großartiger Verletzung der Ordnung kann ein Mitglied durch den Präsidenten von dieser Sitzung ausgeschlossen werden. Das Mitglied hat den Sitzungssaal sofort zu verlassen. Verbleib der Abgeordneten der Aufforderung des Präsidenten, den Saal zu verlassen, keine Folge, so wird die Sitzung unterbrochen oder aufgehoben. In diesem Falle zieht sich der Angeordnete ohne weiteres den Ausschuß für die folgenden drei Sitzungstage zu. Der Präsident stellt dies der Wiederberufung der Sitzungen oder bei Beginn der nächsten Sitzung fest. Bei wiederholter Weigerung, den Anordnungen des Präsidenten Folge zu leisten, tritt der Ausschuß auf 15 Sitzungstage ein. Ein Abgeordneter darf während der Dauer der Ausschließungen auch an Ausschußsitzungen nicht teilnehmen. Der Präsident kann dem ausgeschlossenen Abgeordneten das Sekretariat des Reichstagesgebudes unterstellen und zur Durchführung seiner Maßnahmen die erforderliche Macht von der vollziehenden Gewalt anfordern.

Wenn im Reichstag störende Unruhen entstehen, so kann der Präsident die Sitzung auf bestimmte Zeit aussetzen oder ganz aufheben. Kann er sich kein Gehör verschaffen, so verleiht er den Prasidentenstuhle. Die Sitzung ist alsdann auf eine Stunde unterbrochen. Wer auf der Zuhorertribune Beifall oder Mißbilligung äußert oder Ordnung und Anstand verleiht, kann auf Anordnung des Präsidenten sofort entfernt werden. Der Präsident kann die Zuhorertribune, wenn auf ihr störende Unruhen entstehen, räumen lassen.

Das sozialdemokratische Ausschußmitglied Schmidt-Sachsen hatte folgenden Antrag gestellt:

Im Falle großartiger Verletzung der Ordnung kann ein Mitglied durch den Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen werden. Die Ausschließung gilt für den Rest der Sitzung. In deren Verlauf sie ausgesprochen wurde. Verbleib des Mitgliedes der Aufforderung des Präsidenten keine Folge, dann kann der Präsident die Sitzung auf bestimmte Zeit aussetzen oder ganz aufheben.

Gehört der Ausschußkassiere einer Fraktion an, so ist diese unmittelbar nach dem Vorfall dem Präsidenten zur Erklärung auszusprechen. Bei Nichtzugehörigkeit zu einer Fraktion ist der Ausschußkassiere zur Aussprache vor dem Präsidenten zu laden. Gibt der Ausschußkassiere bei Beginn der folgenden Sitzung eine mit dem Präsidenten zu vereinbarende Erklärung, so gilt der Vorfall als erledigt. Anderenfalls hat der Präsident das Recht, den Ausschußkassieren bis zur Dauer von sechs Sitzungstagen auszuschließen. Bei wiederholter Weigerung, den Anordnungen des Präsidenten zu folgen, kann die Ausschließung auf zehn Tage erfolgen.

Anträge der Abgg. Ehrenbach und Dr. Kahl, die gleichfalls vorliegen, kommen dem erwähnten Antrage des Unterausschusses wesentlich nahe.

Deutschlands Reparationshaushalt.

Der Reichsrat beschloß sich am Donnerstag in offenkundiger Sitzung hauptsächlich mit Etatsfragen und stimmte u. a. dem Haushaltsplan zur Ausführung des Friedensvertrages zu. Der Haushalt erfordert einen Gesamtzuschuß von 187,5 Milliarden Mark. Zur Tilgung der Reparationen sind 135 Milliarden erforderlich. Die Ausgaben für interalliierte Kommissionen sind mit 1,8 Milliarden eingezeichnet. Der Vorkassende der militärischen Kontrollkommission erhält jährlich 1 Million 600 000 Mark, wovon allein 300 000 Mark für die Hotelkosten bezahlt werden. Für jeden Offizier hat das Reich einen Zuschuß von 138 000 Mark jährlich zu zahlen. In Reparationszahlungen im engeren Sinne sind jährlich 3 Milliarden Goldmark zu leisten. Der ordentliche Haushalt der Allgemeinen Reichsverwaltung ergibt einen Ueberschuß von 1,8 Milliarden Mark, die zur Entlastung des Haushalts für die Ausführung des Friedensvertrages verwendet werden sollen. Beträge zur Verbilligung von Lebensmitteln finden in dem Haushaltsplan für 1922 nicht eingezeichnet. Der ordentliche Haushalt der Eisenbahn- und Postverwaltung ist ins Budgetgewinn gebracht. Die Aufrechterhaltung dieses Budgetgewinns hängt davon ab, ob infolge der Tarifhoherungen ein Verkehrsruhgang eintritt und weitere Lohnhoherungen notwendig werden. Der außerordentliche Etat der Reichspostverwaltung weist einen Ueberschuß

Die Finanznot der Gemeinden.

Der Deutsche Reichstag hielt gestern im neuen Jahre seine erste Sitzung ab. Präsident Lobbe nahm dem verstorbenen Abg. v. Delbrück (Zent.) einen kurzen warmen Nachruf. Das Haus erhebt sich zu Ehren des Verstorbenen. Für den Abg. v. Delbrück tritt Frau Hoffmann-Booßum in den Reichstag ein. — Nach Erledigung kleinerer Materien tritt das Haus in die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Entschädigung der zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen berufenen Vertrauensmänner. Sie sollen, wie die Geschworenen und Schöffen, neben den Reisekosten Tagegelder erhalten.

Nach einer Rede des Abg. Rosenfeld (U. Soz.) ergreift Reichsjustizminister Dr. Radbruch das Wort: Ich bin damit einverstanden, daß unter allen Umständen eine entsprechende Beteiligung der unteren Bevölkerungsklassen bei der Auswahl der Schöffen und Geschworenen stattfinden muß. Eine starke Erhoherung der Bezüge sehe auch ich als eine dringende und drängende Aufgabe an. Sie unterliegt gegenwärtig dem Meinungsaustausch der Länder. Ferner besteht die Frage, ob das bisherige System der Tagegelder durch Entschädigungen ersetzt werden soll. Die Frage der Auswahl wird ein Hauptpunkt im Gesetz zur Neuordnung des Strafgerichtswesens sein. Auch dieses Gesetz unterliegt gegenwärtig dem Meinungsaustausch der Länder. Der Gesetzentwurf dürfte im März im Kabinett eingebracht werden.

Das Gesetz wird darauf in allen drei Lesungen unverändert angenommen.

Es folgt nun die Interpellation der Abgg. Dr. Petersen und Genossen betreffend

die Finanznot der Gemeinden.

Abg. Dr. Koll (Dem.) begründet die Interpellation. Die Not der Gemeindefinanzen ist durch die Mahnahme des Reichs herbeigeführt, folglich hat das Reich die Pflicht, Hilfe zu schaffen. Kommt keine Hilfe, dann sind die Gemeinden gezwungen, zu Mitteln zu greifen, die den Steuerdruck zur Untraglichkeit steigern. Wenn auch einzelne Gemeinden es mit der finanziellen Verantwortung nicht so genau nehmen, so besteht doch kein Anlaß, den Gemeinden eine Finanzkontrolle durch die Landesregierungen vor die Nase zu legen. Eine solche Beschränkung der Selbstverwaltung muß zurückgewiesen werden. Sogorliche Hilfe ist nötig, da die Gemeinden bei der Verwahrung der Leberwessungen aus der Reichseinkommensteuer nicht wissen, wie sie mit der Erhoherung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter fertig werden sollen.

Reichsfinanzminister Dr. Herms: Der Entwurf einer Novelle zum Landessteuergesetz, der den Gemeinden Hilfe bringen soll, ist dem Reichsrat zur Beschlußfassung vorgelegt. Wenn der Reichstag über die wichtigsten Steuererhohe schlußig geworden ist, werden die Landesfinanzminister zu einer Konferenz zusammengerufen werden. Das Reich hat nicht die Absicht, in direkte Beziehungen zu den Gemeinden zu treten. In allen deutschen Ländern besteht ein Ausschlusrecht gegenüber den Gemeinden. Berlangt die Reichsregierung eine Prüfung der Gemeindeausgaben, so bleibt sie im Rahmen der bisherigen Verfassung. Es muß gefordert werden, daß die Gemeinden die Vorarbeiten des Besoldungspergesetzes spätestens bis zum 1. April d. J. durchführen. Davon müssen wir die Bewilligung weiterer Vorschuffe abhängig machen.

Abg. Heimann (Soz.):

Welche Staatsform man auch immer herbeiführt, ob es eine Monarchie oder ein Volksstaat ist, jede Staatsform muß auf der Grundlage der Gemeinden aufbauen. Aber die Gemeinden sind jetzt nicht mehr kräftig, sie können ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen. Zu ihrer Kräftigung hat der Weltkrieg den größten Teil beigetragen. Die Hoffnung, nach dem Kriege durch Einnahmen die Defizite decken zu können, hat sich nicht erfüllt. Freilich hat das Reich sie nicht in dieser Absicht im Stich gelassen, aber der Reichsfinanzminister steht der Finanznot des Reiches näher, als der der Gemeinden. Man ist jetzt den umgekehrten Weg gegangen, wie Stein und Hardenberg beim Wiederaufbau Preußens. Anstatt die Selbstverwaltung der Gemeinden zu stärken, hat das Reich ihnen immer mehr Kosten aufgebürdet und zahlreiche Einnahmequellen geraubt. Waren es doch die Gemeinden, die in der Wohnungsfrage die größten Lasten zu tragen hatten, sonst wäre in der Wohnungsfrage herzlich wenig geschehen. Zahlreiche Städte stehen vor dem wirtschaftlichen Ruin.

bedarf von 24 Milliarden, die Reichseisenbahnverwaltung einen solchen von 6,7 Milliarden Mark auf. Der Gesamtfehlbetrag des Haushaltsentwurfs für 1922 beläuft sich auf 181,9 Milliarden gegen 162 Milliarden für 1921.

Im Anschluß an die Genehmigung des Haushaltsgesetzes stimmte der Reichsrat einer Entschädigung des Ausschusses zu, in der die Reichsregierung erklärt wird, die Aufhebung des Reichsschatzministeriums alsbald in Angriff zu nehmen und bis spätestens 1. Oktober d. J. durchzuführen. In den Etats der einzelnen Ministerien wurden wesentliche Abschnitte vorgenommen. Zu einer schädlichen Auseinandersetzung kam es bei dem Etat des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, dem laut Ausschufempfehlung die Mittel für den Personalbedarf nur noch bis zum 1. Oktober bewilligt und weitere Personalabstriche vorgeschrieben werden sollen. Im ersten Punkt wurde auf Antrag Bayerns die Regierungsoverlage wiederhergestellt.

Der Arbeitsplan des Landtags.

Der Reichsrat des preussischen Landtages beschloß, zunächst eine Reihe kleinerer Vorlagen zu erledigen. Hiermit hofft man am Freitag zu Ende zu kommen. Für Sonnabend sollen Anträge auf Strafverfolgung, insbesondere die Fälle Oberlein, Schönebeck und Scholten beraten werden. Ferner die Abandlung des Diatengesetzes, wonach rentierten Abgeordneten in besonderen Fällen der Widerstandsleistung die Diaten entzogen werden können. Am Montag wird die Rotlage der besetzten Gebiete besprochen, am Dienstag die Rotlage der Gemeinden. Am Mittwoch soll der Finanzminister den Etat einbringen. Hieran schließt sich eine allgemeine politische Aussprache und die Beratung des Grundsteuergesetzes.

Brotpreiserhoherung und ADSB.

Das „Korrespondenzblatt des ADSB.“ nimmt in seiner am Sonnabend erscheinenden Ausgabe „zur Erhoherung der Brotpreise“ Stellung. Unter anderem heißt es in dem Artikel:

„Jeder wird für den Wehraufwand Deckung suchen und so wird eine Preiserhoherung die andere treiben. Auch Lohnhoherungen können nicht ausbleiben, denn man kann den Arbeitern, Angestellten und Beamten nicht zumuten, sich diese Wehrausgabe an ihren abnehmend unzureichenden Bezügern noch abzusporen. Neue Unruhen im Wirtschaftsleben, Preisstumpfe und Lohnbewegungen werden die unausbleibliche Folge sein, besonders schlimm wird es wieder den Sozialrentnern ergehen, die von ihren immer mehr entwerteten Renten und Pensionen nicht leben können.“

Nach der Feststellung, daß die Verantwortung für eine solche katastrophale Entwicklung diejenigen tragen, die die Gemeinbewirtschaftung des Brotgetreides jahrelang systematisch unterlassen und speziell zu Fall gebracht haben, heißt es wörtlich: „Man sollte meinen, daß das Reichsernahrungsmin-

Die Einnahmequellen, wie Gas, Wasser, Elektrizität, sind bereits zu indirekten städtischen Steuern geworden, die nicht mehr erhöht werden können. Die Grundsteuern, die bisher den Städten verbleiben, will jetzt sogar das Reich an sich bringen. Die allein noch erhoherbare Gewerbesteuer kann die Finanznot der Gemeinden nicht beheben. Es bleibt ihnen also nichts weiter übrig, als sich an das Reich zu wenden. Die Erklärung des Reichsfinanzministers ist für die Gemeinden niederschmetternd. Ihre Hoffnung, daß ihnen solche Zuschuffe gezahlt werden würden, hat sich nicht erfüllt. Sollen die Gemeinden für die Selbstverwaltung wieder die volle Verantwortung übernehmen, so müssen ihnen neue Einnahmequellen erschlossen werden, damit sie sich aus eigener Kraft und eigenen Mitteln wieder zu ihrer alten Höhe emporkurbeln können.“

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Herchel (Zent.), Berndt (Zent. Sp.) und Dr. Scholz (D. Sp.) wird die Beratung abgebrochen. Die Gesetzentwürfe über die Heranziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt und über die Gleichstellung der Frauen in der Justiz werden dem Reichsratsausschu überwiesen. — Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. Kleine Anfragen, Gesetzentwurf über den Arbeitsschweiz, über den Erlass für Tumultstadten, Kleine Vorlagen usw., Rest von heute. — Schluß 7 Uhr.

Neuordnung des Hebammenwesens.

Gestern wurde der Preussische Landtag wieder eröffnet. Das Haus erhebt das Andenken der verstorbenen Abgeordneten Kamp (J.) und Dinslage (J.) durch Erheben von dem Sigen. Der Gesetzentwurf über die Berechtigung von Entrent mit Preußen wird dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs über das Wahlprufungsgericht. Auf Antrag Genesini (Soz.) soll das Wahlprufungsgericht nicht aus 7 sondern aus 5 Mitgliedern des Landtages und aus 7 Mitgliedern des Oberverwaltungsgerichtes bestehen. — Des Gesetz wird mit dieser Veränderung in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die Beratung des Grundsteuergesetzes wird bis zur Erledigung der ersten Beratung des neuen Haushalts vertagt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über das Hebammenwesen.

Wahlrechtsminister Hirschfelder: Der schon Entwurf hält an der freien Hebammenwahl fest. Er steht vor, daß die Kreise in Bezirke eingeteilt werden, und daß in jedem Bezirk nur die für den Bezirk notwendige Zahl von Hebammen zugelassen wird. Die Hebammen sollen eine Niederlassungsgenehmigung erhalten, im übrigen aber ihren Beruf frei ausüben können. Das Staatsministerium stellt im Haushaltsplan 10 Millionen Mark zur Verfügung, also mehr als die Hälfte von dem 19 Millionen betragenden Gesamtbedarf für das Hebammenwesen. Es bedarf einer sorgfältigen Abwägung der finanziellen Interessen der Hebammen einerseits und der Bevölkerung andererseits.

Abg. Frau Ege (Soz.):

Diese dringend notwendige Reform hätte langst fertig sein können, wenn nicht die Rechte eine Sozialisierung des Hebammenwesens beschränkt und daher die Verabschiedung des ersten Entwurfs verhindert hätte. Dieses Gesetz bedeutet gegenüber dem ersten Entwurf eine solche Verschlechterung, daß wir es in dieser Form den Frauen des Landes unmöglich zumuten können. Unser Initiativantrag, der bisher im Ausschuß für Bevölkerungspolitik überhaupt nicht zur Beratung kam, zeigt die Wege zur Verbesserung des Gesetzes. Die Hauptfrage der Hebammen ist die Altersversorgung, aber häufiger schmerzt das Geld. Es stellt überhaupt die Frage nicht, wie der unzureichenden Rotlage der Hebammen abgeholfen würde. Des beste wäre eine rechtliche Regelung des ganzen Hebammenwesens. Der Ausschuß für Bevölkerungspolitik, an dem wir den Entwurf zu verwerten beabsichtigen, wird eine gründliche Umwandlung vorzuschreiben haben.

Darauf wird die Aussprache abgebrochen und das Haus vertagt sich auf Freitag 12 Uhr. Weiterberatung, Kleine Vorlagen. — Schluß 6 Uhr.

terium, ehe es die Reichskosten der Getreideversorgung auf die deutschen Verbraucher abwandelt, zu weniger katastrophalen Maßnahmen gegriffen hätte. Angesichts der Tatsache, daß die einheimische Brotgetreideernte verheerliche Weizenrost ausweist, hätte es bereits im Oktober 1921, am Beginn der bedrohlichen Marktverschlechterung, die Umlagemenge erhöben oder wenigstens insinliches Getreide zur Sicherung aufkaufen können. Es kamte ferner den Preis des abzuliefernden Getreides herabzusetzen, da den Landwirten der Verkauf des freibleibenden Getreides unermesslich höherer Gewinne verleiht. Es hätte einen Teil der Walaufgewinne für die Sicherstellung der Volksernährung erfassen können oder schließlich die öffentliche Brotversorgung auf die minderbemittelte Bevölkerung beschränken können, um für diese ertagliche Preise zu behalten. Von alledem ist nichts geschahen. Das Umlagegetreide ist auch noch keineswegs freigegeben, da erst 1,9 Millionen Tonnen oder 72 Proz. des Umlagegotts abgeliefert sind. Man hat die Landwirte könig verdienen lassen, und den vollen Schaden tragen das Reich und die Verbraucher. Auch jetzt noch sollen die einheimischen Erzeuger geschont werden. Keine Sonderleistung für die Brotversorgung, keine Erzeugung der heimischen Getreideerzeugung durch Bildstandort ist in Aussicht genommen: Erhoherung des Brotpreises ist der einzige Ausweg, den der Reichsernährungsminister kennt.

Diese Ernährungspolitik des Reichsernahrungsministers Herms schließt sich innig seiner Steuerpolitik an, die der Heranziehung des Besitzes durch Erklärung der Sachwerte anglich ausweicht und die Steuerquellen der arbeitenden Bevölkerung um so ergiebiger stellen läst. Wir bekämpfen dieses System der Umwandlung der Lasten auf die Nichtbesitzenden und können auch in der Brotpreiserhoherung nichts anderes erblicken als eine Entlastung des Reichshaushaltes durch Verherbelastung des Verbrauchers, anstatt des Besitzes. Um so dringlicher müssen wir fordern, daß mit dieser ungerechten Politik ein Ende gemacht wird, da sie das Volk erbitert und uns wirtschaftlichen und imperialistischen Katastrophen entgegenstellt, bei denen mehr als eine Regierung auf dem Spiele steht.“

Ein heiliger Weg. Bisher wußte man aus den Anfängen der Arbeiterinnenbewegung nur sehr wenig. Selbst in der Partei fehlte es an dieser Kenntnis. Jetzt kommt Dillie Bader, die lange Jahre die Vertretung der Genossinnen Deutschlands war, und schreit uns in einem höheren organisierten, langst erwarteten, von uns schon ausführlich angeforderten Buch (Weberinnenbewegung. Von Dillie Bader. Verlagsgesellschaft Vorwort, Berlin SW. 68. Preis 16 M.) ihre Lebenserinnerungen. Von dem innerlichen Kampf unserer Arbeiterinnen erzählt das Buch. Es ist wichtig, daß es nicht nur alle Frauen und Männer, sondern auch die Jugend kennt. Vergleich mit dem Buch, was war, ist dem, was ist, dann werden wir die Kraft haben, und wir werden mutiger weiter auf dem Weg der Frauen nach zu neuen Absichten und Taten in der Fortentwicklung und Festigung der Stellung der Frau innerhalb der Gesellschaft führen.

Gewerkschaftsbewegung

Um den städtischen Manteltarif.

In ganz einseitiger Weise stellt die B.S. Korrespondenz die Verhandlungen über den Manteltarifvertrag dar, wonach es lediglich an dem Verhalten der Arbeiter liege, daß diese Verhandlungen nach 7 Wochen noch nicht zu Ende gekommen sind. Die städtischen Arbeiter seien bestrebt, ihre Sonderrechte, die sie durch Streiks erzielten, zu wahren; als ob nicht auch andere Kreise ihre Sonderrechte zu wahren und zu erweitern suchten. Die Vertreter des Magistrats fänden wohl bei einem Teil der Vertreter der städtischen Arbeiter Verständnis für die trostlose Finanzlage der Stadt, doch stellten sich andere Gewerkschaften auf einen so ablehnenden Standpunkt, daß eine friedliche Lösung der Streitfragen immer unwahrscheinlicher werde. Das ist wohl lediglich die Privatmeinung des Berichterstatters. Jede Lösung, die durch einen Lohnkampf erzielt würde, muß möglich sein auf dem Wege der Verständigung, wozu auf beiden Seiten Geneigtheit bestehen muß.

Besonders wird den Straßenbahnern angetreibt, daß sie für die Sonntagsarbeit 25 Proz. Lohnzuschlag behalten wollen. Dabei sei der Straßenbahnverkehr an Sonntagen um 40 Proz. geringer, während 150 000 M. mehr an Lohn zu zahlen sei als an Wochentagen insgesamt. Der Verwaltungsrat der Straßenbahnen müsse sich daher mit der Frage beschäftigen, ob nicht der Straßenbahnverkehr an Sonn- und Feiertagen eingestellt werden müsse. In den Kreisen der Personalverwaltung herrsche wohl die Einsicht, daß infolge der Sonn- und Feiertags- und sonstigen Sondertarife (?) die Existenz des Unternehmens in Frage gestellt sei, allein die Elektrizitäts- und Gasarbeiter wehrten sich gegen den Abbau der Sonderzulagen. Die Einstellung des Straßenbahnverkehrs an Sonn- und Feiertagen sei eine unerträgliche Belastung für die gesamte Bevölkerung Berlins und träge auch die Straßenbahner und Elektrizitätsarbeiter in ihrem Einkommen.

Demgegenüber ist zu sagen, daß die besondere Bezahlung der Sonn- und Feiertagsarbeit längst gebräuchlich ist und sich an sich durchaus rechtfertigen läßt. Geht es nicht anders, müßte eine erteilte Belastung für die gesamte Bevölkerung an Stelle einer unerträglichen einstephen, d. h. die Fahrpreise an Sonn- und Feiertagen erhöht werden. Daß eine solche Maßnahme — wenn sie sonst finanziell durchaus notwendig ist — auf Kosten der Straßenbahner unterbleiben soll, ist wohl nicht zu verlangen. Mit solchen Einwendungen soll man also den städtischen Arbeitern nicht kommen. Würden bei den Verhandlungen um den Manteltarif von den Magistratsvertretern Gesichtspunkte in den Vordergrund gestellt werden, wie sie diese Korrespondenz geltend macht, dann ließe sich freilich begreifen, daß diese Verhandlungen nicht recht vom Fleck kommen.

Schuhmacherstreik.

Eine überfüllte Versammlung der Groß-Berliner Schuh- und Reparaturschuhmacher beschloß einstimmig, am Montag in den Streik zu treten.

Für die Branchenleitung gab Kollege Schüler einen Überblick über den Verlauf der Lohnverhandlungen mit den Innungen, die den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom 9. Dezember einstimmig ablehnten, trotzdem die festgesetzten Löhne weit hinter den Forderungen der Arbeiter zurückblieben und bereits überholt sind. In der sehr ausgedehnten Debatte wurde mit aller Schärfe die Forderung der Innungen geäußert, die systematisch durch langwierige Verhandlungen eine Klärung der schwebenden Lohnfragen verbinde. Alle Redner sprachen sich für den sofortigen Streik aus. Der Kampf, den die Innungen provoziert haben, wird mit aller Schärfe geführt werden.

In der Abstimmung wurde gegen zwei Stimmen beschlossen, in den Betrieben, deren Inhaber sich nicht durch Unterschrift für die Annahme des Schiedspruches erklärt haben, am kommenden Montag in den Ausstand zu treten. — Abdrücke des Schiedspruches mit Zustimmungserklärung sind im Verbandsbureau, Engelauer 25, erhältlich. Die Streikenden versammeln sich Montag früh 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 1.

Lohnkampf der sächsischen Holzindustrie.

Das bisherige Lohnabkommen für die sächsische Holzindustrie lief am 15. Januar ab. Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen scheiterten, weil die Unternehmer jede weitere Lohnzulage ablehnten, so daß in nächster Zeit mit einem Kampf in der sächsischen Holzindustrie gerechnet werden kann. Eine Landeskonferenz der Arbeiter wird dazu Stellung nehmen. Vorerst wurde die Weisung ausgegeben, in den Betrieben, in denen noch Arbeiter beschäftigt werden, jede weitere Überzeitarbeit sofort einzustellen.

Lohnbewegung in der Solinger Industrie?

Die Solinger Industrie- und Arbeitervereine sind in eine neue Lohnbewegung eingetreten. Die Scherenscheifer haben das bisherige Preisverhältnis gekündigt und die Messerschleifer fordern einen Zuschlag von 300 Proz. auf ihre Löhne zum Ausgleich für die erhöhten Preise der Schleifmaterialien. Wird diese Forderung nicht bewilligt, soll am Montag die Arbeit niedergelegt werden.

Die Krankenkassenangeestellten hatten am Montag eine Branchenversammlung des BZK. Kollege Wagner gab eine Übersicht über

die im Jahre 1921 geleistete Arbeit in über 100 Sitzungen, Besprechungen und Konferenzen. Der Schwerpunkt der Tätigkeit lag in den über das ganze Jahr sich hinziehenden Gehaltsbewegungen. Die Verhandlungen waren namentlich deswegen so kompliziert, weil die Stellungnahme des Gegenkontrahenten, des Verbandes der Krankenkassen zum Sperrgesetz nicht völlig eindeutig war, sondern im Laufe der Verhandlung mehrfach wechselte. Dieser Wechsel mußte aber bei den tatsächlichen Maßnahmen der Verhandlungsleitung beachtet werden, weil diese Rücksicht nehmen mußte auf die Direktiven des Hauptvorstandes, die ebenfalls nicht als gradlinig bezeichnet werden konnten. Nach der Ausdehnung des Sperrgesetzes auch auf die Kassenangeestellten sah als unabwendbar erzwungen, ging der ganze Kampf darauf hinaus, eine möglichst günstige Gruppierung für die Kollegen zu erreichen. Das ist im großen und ganzen auch geschehen, und es sind erhebliche Gehaltsaufbesserungen erreicht worden, ohne daß es zu Opfern gekommen wäre.

Ein weiteres Tätigkeitsgebiet war die Arbeit innerhalb des Verbandes selbst und hier ist es notwendig, daß die Beteiligung von Berufscollegen in den für die Gestaltung der Reichsbeschäftigungsordnung maßgebenden Körperschaften erreicht wird. Der Bericht wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Kollege Wagner wurde als Sektionsleiter wiedergewählt.

SPD-Metallarbeiter. Anorembrense Lichtenberg! Sonnabend 8 Uhr in der Mittelschule, Marktstr. 10, Versammlung. Vortrag: „Wirtschaftspolitik“. Ref. Kollege Grohn.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat zu Montag, abends 7 Uhr, nach den Andros-Festivals, Androsstr. 21, eine Plenarversammlung einberufen mit der Tagesordnung: Wie stellen sich die Gewerkschaften zu der beabsichtigten Verschlagung der Arbeitsnachweise? Referent ist Otto Fiska. Weiter den Gewerkschaftsvorständen, den Delegierten und Interkommisionen sind die Arbeitsvermittler, Kuratoriumsmitglieder und Deputationsvertreter in den Bezirksverwaltungen eingeladen.

Der Streik bei der Firma Voruch, Theater-Ausstattung, ist nach sechs-tägiger Dauer mit Erfolg beendet. Die Sperre ist somit aufgehoben.

Betriebsräte der reinen Tischlerei- und Schneiderei-Industrie. Sonnabend 2 Uhr bei Schörm, Charlottenstr. 8, wichtige Sitzung, zu der die genannten Betriebsräte vollständig erscheinen müssen. Die Branchenleitung.

Aus der Partei.

Eine Jungsozialisten-Konferenz.

Am 15. Januar trat in Dortmund die erste Konferenz der Jungsozialisten des Reiches Westliches Westfalen zusammen. Genosse Weimann-Berlin referierte über „Die jungsozialistische Bewegung in der Partei“. Er betonte, daß die Jungsozialisten ein Teil der sozialdemokratischen Partei sind und daß ihre Lebensarbeit nur gedeihen kann, wenn die Verbindung mit der Gesamtpartei lebendig ist. Sonderbar wirkt es, wenn die Jungsozialisten sich himmelstürmende Aufgaben stellen, und wenn dann von den Alten gesagt wird, daß sie ihren heidnischen Pflichten in der Partei nicht nachkommen. Die Jungsozialisten müssen dafür sorgen, daß die älteren Parteigenossen bald ein günstigeres Urteil über sie abgeben können. Im Reich bestehen heute 120 Jungsozialistische Gruppen, das ist ein Zuwachs von 40 Gruppen seit Vorfriede. Ueber „Aufgaben und Ziele der Jugendbewegung“ sprach Genosse Schult-Hamburg. Er skizzierte die großen Taten, die die Partei seit ihrem Bestehen vollbracht hat und bedauerte, daß ihre Betätigung unter dem Druck der Verhältnisse zu einseitig sein mußte. Aber immerhin ist die Grundlage geschaffen worden, auf der heute die jungen Genossen stehen und arbeiten können. Die Kluft zwischen Jugend und Alter ist natürlich, aber sie darf nicht unnatürlich vergrößert werden. Die Jugend muß sich daran gewöhnen, daß man den liebsten Schritt nicht vor dem ersten machen kann, und wenn die Jungen das nicht glauben wollen, dann werden die Alten es durch die Erfahrungen und Fehler, die sie gemacht haben, beweisen. Schult wies weiter auf die Gefahr hin, die darin besteht, daß die von einem großen Teil der Jungsozialisten belebte, herauschende weiche und passive Schwärmerei für Natur und Kunst Wacklappen erzeugt. Die Not in der Welt der Arbeit ist zu groß, als daß müßige Schwärmerei an ihr vorübergehen dürfte. Die Jugend des Proletariats muß der Sturmtruppe der Arbeiterbewegung werden. Sie ist es noch nicht, aber sie hat das Zeug dazu!

In der Diskussion polemisierten Raibmann und Osteroth-Vodum gegen die Absicht, die Jungsozialisten in die Parteio-rganisation „hineinzuzwängen“. Unser Dortmunder Stuberblatt nennt die Ausführungen der beiden Redner „doch etwas zu kindlich für die Jungsozialisten“ und betont im Anschluß an den Bericht erneut die Notwendigkeit der Organisation auch für die Jungsozialisten.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Der Schützengilde der Hand- und Tierärzte, e. V., Berlin, Ebersfelder Straße 16, hält heute 8 Uhr in Culers Feldstr. 2, gegenüber der Waisenhausstraße, eine Mitgliederversammlung ab. Dr. med. vet. Grandenrath, Spezialist für Staupebehandlung, spricht über: „Auslaucht der jungen Hunde“. Zentral-Nieder-Verband, Ortsgruppe Real-In-Verb., Sonntag, den 22. Januar, 8 1/2 Uhr, Vereinsbrauerei Hermannstraße, Generalversammlung. Mitgliedsliste legitimiert.

Eine Geschichte der USPD.

Ihrem Alter nach ist die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ wirklich noch nicht eine so würdige Erscheinung, daß ihr Entstehen und Werden bereits der Vergangenheit entriffen werden müßte oder daß es notwendig wäre, jüngeren Generationen Zeiten des Selbstentwurfs und des Glanzes zu nahebringen ins Gedächtnis zu rufen. Trotzdem hat kurz vor dem diesjährigen Parteitag der „Freiheit“-Redakteur Eugen Prager eine „Geschichte der USPD“ erscheinen lassen. (Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin G. 2.) Wir kaum anders zu erwarten, stellt sich diese Schrift hauptsächlich dar als eine Streitschrift gegen die „Kriegspolitik“ der alten Sozialdemokratie und die „Gewaltspolitik“ ihrer „Instanzen“. Nicht weniger als 12 von den 17 Kapiteln des Buches sind dieser Vorgeschichte der USPD gewidmet, während die letzten sich wieder mit den Spaltungsbestrebungen der Rosauer innerhalb der USPD beschäftigen. Es ist das Schicksal der USPD, daß sie selbst aus der Spaltung der einzigen Sozialdemokratie erwachsen ist und deshalb von vornherein den Keim zu weiteren Spaltungen in sich trug.

Wenn wir den Fall sehen, daß die beiden heutigen Zweige der Sozialdemokratie sich wieder vereinigt hätten, so könnte man sich die Zweckmäßigkeit eines unabhängigen Rückblicks auf die Entstehung und Beendigung des unabhängigen Zwischenspiels wohl vorstellen. So aber, wo eben noch der Leipziger Parteitag den Einigungsbestrebungen manchen Ripel vorgegeben, wirkt diese Geschichte nur als ein weiteres Aktensstück in dem Verteidigungsverfahren, das die USPD seit jeder Zwingung, immer wieder alte Geschichten aufzuwärmen, um ihre Existenzberechtigung zu erweisen. Jeweilens nimmt Prager zwar einen Anlauf zur geschichtlichen Objektivität. So sucht er aus den wirtschaftlichen und politischen Zuständen der Vorkriegszeit die „Zwangsläufigkeit der Entwicklung“ nachzuweisen, die es mit sich brachte, daß „nicht bei den Führern und der Parteibürokratie eine Schuld daran zu suchen“ sei, wenn der Ausbruch des Weltkrieges keine revolutionäre, sondern eine reformistische Sozialdemokratie vorfand. Aber trotzdem er diese Zwangsläufigkeit anerkennt, häuft er bald darauf einen subjektiven Vorwurf nach dem anderen auf einzelne Führer der Sozialdemokratie und die Parteibürokratie im ganzen. Bei solcher persönlichen Einstellung ist selbstverständlich eine sachliche Geschichtsschreibung nicht zu erwarten. Die Schiefheiten und Einseitigkeiten des Buches nur aufzuzählen, würde ein neues Buch erfordern.

Außerhalb der engeren Parteireihe der USPD wird das Buch durch die Sammlung einer Reihe von Aufsätzen und Dokumenten, die sonst verstreut sind, einigen Wert beanspruchen dürfen. Zu den politischen Fragen der Gegenwart nimmt Prager nur sehr belläufig Stellung. So erklärt er die schroffe Ablehnung des sozialdemokratischen Angebots, nach den Wahlen von 1920 gemeinsam die Regierungsbildung zu übernehmen, für „tatsächlich nicht glücklich“. Die Zentralleitung der USPD, hätte Forderungen aufstellen und sie durch die Sozialdemokratie ablehnen lassen müssen, um ihr die Verantwortung für das Scheitern zuzuschreiben. In einem Ausblick nennt Prager auch auf die Einigungsbestrebungen zu sprechen. Er stellt die Frage, ob die USPD ihre historische Aufgabe erfüllt habe und deshalb „der einen großen sozialistischen Partei Platz machen“ müsse. Diese Frage wird glatt verneint. Zwar will auch er nicht seine Partei als Selbstzweck erhalten wissen, zwar sieht auch er, daß das Sehnen nach der Einheitsfront der Arbeiter immer stärker wird, aber gerade darum muß nach seiner Ansicht die USPD bestehen bleiben, um später einmal den Kern der „von der Bourgeoisie losgelöstem“ Arbeitermassen zu bilden.

Wir glauben, daß die wirkliche Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung die „Geschichte der USPD“ noch in manchem Punkte korrigieren wird. Franz Kühns.

Briefkasten der Redaktion.

B. G. 10. Beantwortung des Antrags der Redaktion eines Termins zur Ableistung des Ehrenamts. — B. G. 11. Die „Freiheit“ unterzeichnet haben, müssen Sie zahlen. — B. G. 12. Rein. — B. G. 13. Rein. Schon den Geschäftsleiter sein Versehen trifft. 2. Zunächst ist der Mitarbeiter nachgehend. Einhalt er keine Bestimmungen darüber und haben Sie die Versicherung selbst abgeschlossen, so müssen Sie die Prämie zahlen. — B. 1. Des zweiten Beispiel. — Otto Reuber. Fragen Sie beim Lebungsamt, Kriegerstraße 24, an. Sie können sich auch an das Wohnungsamt wenden. — B. 2. 1. Eine 500 M. — G. R. D. Eine Beihilfe erhält der Witt. Der Witt muß zunächst nachweisen, daß er unerschuldeten Rücklagen geleistet hat. Die Untage auf die einzelnen Witter soll unter Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse erfolgen. Die Zahlung der von den einzelnen Witter zu entrichtenden Beträge soll nicht über 1 Jahr ausgerechnet werden. — B. 3. 1. 250 M. Beträge. 2. Wird noch beantragt. 3. Richten Sie einen befristeten Antrag an das Finanzamt. — B. 4. a) Die bezahlte Beitragsentnahme ist nach gültig. Wirdwohl — aber die Witterungen darüber auszuhandeln, ob der Witter zur Zahlung des neuen Stempels verpflichtet ist aber denselben nur zur Hälfte zu tragen hat. Mit Rücksicht auf die Verdingungsfähigkeit des Objektes erachtet es nicht zweckmäßig, die Frage durch das Gericht entscheiden zu lassen. b) Für die Berechnung des Stempels ist die Hälfte der Witter nachzugeben. c) Es kommt Nr. 48 des Stempelgesetzes (Stempelverordnungs) in Frage. Wenn schriftliche Beantwortung gewünscht wird, bitten wir, ein Preiswert beizufügen.

Franz Kühns. Die Redaktion. Teil: Franz Kühns, Berlin-Weißensee, für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt West-Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1, 10241 1. Verlag.

Durch die schlechten Wirtschaftsverhältnisse sind die Witwen sehr schwer betroffen worden. Es erhalten sie Geld, wenn Sie Ihr Witt-Rugger Rinn, Rinn-Gebäude, Berlin, Ziel und in der „W. Metall“-Büchse des Rinn, Bernauer Str. 11, verkaufen, wie Sie aus dem Inserat in der heutigen Nummer erfahren.

Eisbeine	geklopelt Pfund	11 ⁵⁰
Spitzbeine	geklopelt Pfund	8 ⁵⁰
Kaffee	frisch gebrannt 1/2 Pfund	19 ⁰⁰ 21 ⁰⁰
Kakao	(deutscher)	(Marke Tell) Pfund 28 ⁰⁰
Gerste	gebrannt Pfund	6 ⁵⁰
Weizenmehl	 Pfund	5 ⁵⁰
Pflaumenmus	 Pfund	7 ⁵⁰
Harzer Käse	 Pfund	11 ⁰⁰

Lebensmittel

Frisches Fleisch	Wurstwaren
Kalb Vorderfleisch Pfund 14 ⁰⁰	Grobe Mettwurst Pfund 19 ⁵⁰
Kalbs-Keule Pfund 16 ⁰⁰	Leberwurst Pfund 18 ⁰⁰
Hammelfleisch Pfund 14 ⁵⁰	Rotwurst Pfund 18 ⁰⁰
Hammel-Keule Pfund 16 ⁰⁰	Jagdwurst Pfund 25 ⁰⁰
Schweinefleisch Pfund 20 ⁰⁰	Mettwurst (Braunschweig. Art) Pfund 26 ⁰⁰
Gehacktes (Rindfleisch) Pfund 15 ⁰⁰	Amerik. Würstchen Dose 8 ⁵⁰
Rindertalg (ausgelassen) Pfund 22 ⁰⁰	Leberwurst ca. 2-Pfund-Dose 14 ⁵⁰

Jandorf

Margarine Pfund	18 ⁵⁰
Speisefett Pfund	24 ⁰⁰
Salzheringe	(gross).....Stück	65 Pf.
Stonsdorfer 1/2 Flasche	39 ⁰⁰
Jamaika-Rum	(Verschnitt).....1/2 Flasche	59 ⁰⁰
Monopol-Branntwein		
Klarer Flasche	31 ⁰⁰
Kümmel	Flasche	31 ⁰⁰
Aquavit	Flasche	34 ⁰⁰

Belle-Alliance-Str. Gr. Frankfurter Str. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmsdorfer Str.

Anzüge, Schlüpfer, Cutaways, Gehrock-Anzüge

aus erstklassigen Maß-osen, Maßhaar-Selbstverarbeitung, prachvoller Sitz, jeder Maßarbeit gleich, in riesiger Auswahl, Verkauf zu un-labelhaft billigen Preisen nur im direkt am Rosenthaler Tor

Leihhaus Brunnenstr. 5

Die Geldnot der Krankenhäuser.

Der Magistrat fordert neue Erhöhung des Pflegegeldes.

In der gestrigen Stadtkonferenz wurde über die vom Magistrat beantragte neue Erhöhung des Pflegegeldes der Krankenhäuser beraten. Sie ist, wie Stadtrat Rabnow betonte, eine bittere Notwendigkeit, die sich nicht umgehen läßt. Ohne diese für die Zahlungspflichtigen ganz gewiß unerfreuliche Maßregel wäre es der Stadt nicht möglich, die Krankenhauspflanze auf derjenigen Höhe zu halten, die man um der Volksgesundheit willen wünschen muß. Die Deutschnationalen machten den Versuch, die Steigerung der Krankenhausaussgaben zum Teil dem städtischen Anschaffungsamt zur Last zu legen, das die Bedarfsgegenstände angeblich zu teuer beschafft. Diesen Angriffen trat Stadtrat Kohl scharf entgegen. Die Höhe gegen das Anschaffungsamt erklärt sich aus der Abneigung bürgerlicher Kreise gegen alle Einrichtungen, die der Stadt einige Unabhängigkeit gegenüber privaten Unternehmen ermöglichen. Eine Entscheidung über die Pflegegelderhöhung erfolgte noch nicht.

Sitzungsbericht.

Die Sitzung wird um 5 Uhr 10 Minuten vom Vorsitzenden Dr. Caspari eröffnet. Ein Dringlichkeitsantrag betreffend die Unterstützung der Privattheater gelangt ohne Erörterung einstimmig zur Annahme.

Die Wahl von 90 ehrenamtlichen Mitgliedern und Vertretern des Finanzgerichts im Bezirk des Landesfinanzamts Groß-Berlin wird gemäß den von den Fraktionen gemachten Vorschlägen vollzogen.

Den Verkauf des „Wirtschaftsamts“ Reinholdsdorf und einiger Vorzellen vom städtischen Siedlungsamt genehmigt die Mehrheit der Versammlung gegen U. Soz. und Kommunisten.

Der Einrichtung einer Entbindungsklinik im bisherigen Kostgängerparcillon (Patienten I. und II. Klasse) des Schöneberger Krankenhauses wird zugestimmt. Mit sofortiger Wirkung sollen die zuletzt am 1. Oktober vorigen Jahres erhöhten

Kur- und Verpflegungskosten für die

in den städtischen Krankenhäusern weiter gesteigert werden und zwar auf je 40, 90, 160 M. in der III., II. und I. Klasse; Auswärtsgehende durchweg das Doppelte, Zustände je 120, 250, 400 M. zählten. Selbstzahler in III. Klasse sollen nur den halben Satz entrichten, falls das Einkommen der Ehegatten 25 000 M. nicht übersteigt; die Durchführung der von der Versammlung verlangten sozialen Staffelung soll weiter zurückgestellt werden.

Stadtmagistrat Rabnow verwendet sich lebhaft für die Annahme der Magistratsvor schläge, ebenso Kirchner (Dnat.). — Dr. Falkenberg (D. Vp.) polemisiert in scharfen Ausdrücken gegen einen von den Kommunisten eingebrachten Antrag, die Vorlage abzulehnen, von der Erhebung von Kurkosten für Berliner Abstand zu nehmen und von den Auswärtigen die Selbstkosten zu erheben; er bemängelt die ungerechte Bevorzugung der Krankenkassen, die doch endlich der Stadt ihre tatsächliche Leistung zu vergüten sich bequemen sollten, während jetzt die Stadt eventuell jährlich 107 Millionen aufzubringen hätte, die eigentlich zu Lasten der Krankenkassen gingen. — Stadtrat Kohl tritt Herrn Kirchner entgegen, der sich die falsche Behauptung der Presse, das städtische Anschaffungsamt würde für den Betrieb der Krankenhäuser verteidigt, zu eigen gemacht habe; das

Anschaffungsamt

sei übrigens zu einer Zeit entstanden, wo der Magistrat noch bürokratisch zusammengesetzt war. — Thurm (U. Soz.) protestiert gegen die Ablehnung der sozialen Staffelung und verlangt Ausschlußberatung. — Der Stadtmagistrat betont wiederholt, daß der

Selbstkosten für einen Kranken pro Tag auf 80 M.

angewachsen ist. — Frau Dr. Wggodjinsti (Soz.): Der Satz von 40 M. ist das Dreizehnfache des Vorkriegssatzes; die Verwertung der Existenz und der meisten Bedarfsartikel ist viel beträch-

licher. Wieviel die Krankenkassen der Stadt von ihren Aufwendungen zu erheben haben wird, im Wege der Vereinbarung festzustellen sein. Die Vorlage ist dringlich und ihre Begründung schlüssig; die Versammlung sollte sie ohne Verzögerung annehmen. — Der kommunistische Redner Kintori führt für den Antrag seiner Fraktion ins Feld, daß er früher von der gesamten sozialdemokratischen Fraktion vertreten worden sei und legt gegen die stärkere Belastung der Krankenkassen Bernahrung ein. — Kirchner bleibt bei seinen Behauptungen bezüglich des Anschaffungsamts stehen; durch dessen Vorhandensein hätten sich Verzögerungen in der Beschaffung ergeben, es habe sich aber auch herausgestellt, daß die Lieferanten 10 Proz. billiger lieferten als das Amt. — Stadtrat Kohl: Der Verredner meinte, ich hätte seine Stellungnahme darauf zurückzuführen, daß er deutschnational sei. Das habe ich auch nicht mit einer Silbe getan. Während meiner Amtszeit hat das Anschaffungsamt den Krankenhäusern Vorteile zugewendet, die in die Millionen gehen. (Widerpruch und Unruhe rechts.) — Krüge (Soz.): Der kommunistische Antrag wünscht zum Schluß auch eine Vereinheitlichung der sozialen Gesetzgebung und will den Magistrat ersuchen, beim Reich in dieser Richtung vorstellig zu werden. Eine Frage von solcher Bedeutung kann doch unmöglich so nebenbei bei einer Materie erledigt werden, die damit nur in entferntem Zusammenhang steht. Wir lehnen daher hier diesen Antrag ab, aber wir erklären uns damit nicht gegen die Vereinheitlichung der sozialen Gesetzgebung. Die Angriffe Kirchners auf das Anschaffungsamt sind völlig haltlos; Herr Kirchner hat lediglich Alibiherausreden verbreitet. (Beifall.) — Degner (Komm.): Es reicht doch zum Fachmann nicht aus, wenn man irgendwo einen Kesselboden hat (Große Heiterkeit); von der fachmännischen Autorität des Herrn Kintori hat man in die Deputation verflüchtigt wenig gemerkt. — Zur Frage des Anschaffungsamts sprechen nochmals Stadtrat Kohl und Stadtmagistrat Rabnow (Dnat.), der die Betriebswertstoffe als eine jetzt mustergültige Anlage bezeichnet.

Der Antrag der U. Soz. auf Ausschlußberatung wird gegen U. Soz. und Komm. abgelehnt. Der Vorname der zweiten Lesung widersprechen die Kommunisten; der Widerspruch verhindert für heute die Berücksichtigung der Vorlage.

Der Entwurf einer neuen einheitlichen Gebührenordnung für die Berliner Gemeindefriedhöfe, Urnenhaine und Krematorien geht an einen Ausschuss.

Der Verkauf eines Geländes von 1,6990 Hektar in Spandau an die Baugenossenschaft „Eigenheim“ wird genehmigt.

Der Verkauf des an der Ecke der Hoffmannstraße und Straße II in Treptow belegenen, zurzeit an den Verein „Naturfreund“ für Kleingartenzwecke verpachteten städtischen Grundstücks von 3650 Quadratmetern zum Preise von 55 M. pro Quadratmeter

an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund

zur Errichtung eines Bureauhauses wird in erster Lesung genehmigt, nachdem H. H. (Soz.) darauf hingewiesen hat, daß alle zuständigen Instanzen sich für den Verkauf ausgesprochen haben, daß die Epigenorganisation des ADGB 8 Millionen Mitglieder umfaßt und daß nur wenige Kleinflüsterer Einspruch erhoben haben, daß aber alle Kleinflüsterer anderweitig entschädigt werden würden. — Die endgültige Verabschiedung der Vorlage schaltete an dem Widerspruch der Rechten gegen die sofortige Annahme der zweiten Lesung.

Nachdem noch weitere 1 200 000 M. zur Verbilligung von Milch für Unbemittelte bewilligt und zahlreiche Magistratsvorlagen ohne Erörterung angenommen sind, geht die Versammlung gegen 9 Uhr zu einer geheimen Sitzung über.

Im Kampf um das Fleisch.

Gewaltiger Andrang zur Freibank.

Das bei der Fleischbeschau als minderwertig befundene Fleisch wird, soweit es noch zu menschlicher Nahrung geeignet ist, durch die sogenannte Freibank verkauft. Der Preis dieses Fleisches ist niedriger als der des vollwertigen, darum war stets in Zeiten der Fleischteuerung der Zudrang zur Freibank sehr stark. Auch jetzt zeigt sich wieder eine außerordentliche Nachfrage

nach Freibankfleisch — und genau so, wie wir es in der Kriegszeit sahen, stellen Kauflustige sich schon am Abend vorher bei der Freibankverkaufsstelle auf und hocken die Nacht hindurch auf mitgebrachten Feldstühlen und Fußbänken, um am anderen Morgen als die ersten hereinzutommen und sich ihr Fleisch zu sichern. Daß sogar in diesen bitterkalten Januarnächten die „Fleischpolonäsen“ vor der Freibankverkaufsstelle in der Thierstraße zu beobachten sind, kann als ein Zeichen dafür gelten, wie stark das Verlangen ist, mal ein bißchen Fleisch im Topf zu haben, und welche Opfer gebracht werden, um es sich zu einem etwas billigeren Preise zu verschaffen.

Die „Morgenpost“ nimmt diese traurigen Zustände zum Anlaß heftiger Vorwürfe, die sie gegen den Magistrat erhebt. Sie behauptet, die Verkaufsstelle der Freibank in der Thierstraße sei eine städtische Verkaufsstelle, und versichert, jeder private Geschäftsmann würde innerhalb 48 Stunden einen solchen Fleischverkauf organisieren können. Das Blatt richtet diese Angriffe an eine falsche Adresse. Die Freibank ist städtisch, aber der Betrieb ist an einen privaten Geschäftsmann verpachtet. Pächter des Betriebes ist die Schlachthofversicherung vereinigte Viehkommissionäre, die ihn nicht erst unter dem „roten“ Magistrat, sondern in den Zeiten der Blüte des Berliner Kommunalfreiwirts übernommen hat. Der Betrieb wird geführt nach den Vorschriften des Fleischbeschaugesetzes und nach den Bestimmungen einer besonderen Freibankordnung, die für die Vieh- und Schlachthofverwaltung auch ein Aufsichtrecht ausbedungen hat. Die angeblich in 48 Stunden zu schaffende Einrichtung, daß Karren an die Kauflustigen ausgegeben werden, ist von der Vieh- und Schlachthofverwaltung bereits vor drei Monaten beantragt worden. Die Schlachthofversicherung überläßt die Entscheidung der Polizei, und das Polizeipräsidium zögert, weil es gesetzliche Schwierigkeiten sieht.

Karten wurden früher schon mal ausgegeben, aber das war in der Kriegszeit, wo das allmächtige Oberkommando in den Marken tun durfte, was es wollte. Es arbete damals die Einführung von Karten an, damit auf den Straßen die durch Schuß der Kriegshetzer herbeigeführte Rot des Volkes nicht zu auffällig in den „Fleischpolonäsen“ bemerkbar wurde. Schon vorher hatte die Polizei sich genötigt gesehen, durch amtlichen Aushang an der Freibankverkaufsstelle anzukündigen, daß wenigstens schulpflichtige Kinder in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens sich nicht mehr unter den hier Wartenden befinden durften.

Die städtische Untergrundbahn A.-G.

Die Fertigstellung der Nord-Süd-Bahn gesichert. — Eröffnung in diesem oder im nächsten Jahre.

Der Berliner Stadtkonferenzversammlung ist jetzt die Vorlage über die Gründung einer Aktiengesellschaft zur Fertigstellung der Nord-Süd-Untergrundbahn zugegangen. Nach dem Entwurf des Gesellschaftsvertrages bleiben die Aktien zum größten Teile im Eigentum der Stadtgemeinde Berlin, die auch das Recht zum Erwerb der übrigen Aktien erhält. Eine Beteiligung des Reiches und des preussischen Staates am Aktienkapital kommt nach dem Scheitern der hierüber geführten Verhandlungen nicht mehr in Frage.

Das zur Entstehung gelangende Unternehmen ist kein gemischt-wirtschaftliches im üblichen Sinne, sondern ein städtisches Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, getrennt von den übrigen städtischen Vermögen und von der eigentlichen städtischen Verwaltung. Der Betrieb der Nord-Süd-Bahn wird, ähnlich wie dies früher in Schöneberg und Wilmersdorf geschehen ist, auf die Dauer von 12 Jahren nach Maßgabe eines besonderen Betriebsvertrages von der Hochbahn-Gesellschaft übernommen werden, welche den gesamten Wagenpark für die Nord-Süd-Bahn zu stellen hat. Die Rechtsbeziehungen zwischen der Nord-Süd-Bahngesellschaft und der Stadtgemeinde werden nach dem Vorbilde der in früheren Zeiten mit der Straßenbahn und der Hochbahn geschlossenen Abkommen durch einen besonderen Vertrag geregelt werden, welcher sich im wesentlichen auf die Benutzung des Straßengeländes durch die Nord-Süd-Bahn bezieht. Die wichtigste Frage, die Befassung der Baugelder, findet dadurch ihre Lösung, daß zwei Gruppen von Geldgebern sich bereit erklärt haben, der Nord-Süd-Bahngesellschaft gegen Verpfändung der Bahneinheit insgesamt 350 Millionen Mark Darlehen zu gewähren. Hieron entfallen 200 Millionen Mark auf die Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken, an der vier namhafte Hypothekenbanken beteiligt sind. Für dieses Darlehn von 150 Millionen Mark werden im Bahngrundbuche im

17

Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Laurids Bruun.

„Der Sohn ist wohl im Ausland?“
„Ja, er soll drüben in Amerika sein. Aber Herr Hilsö sprach nicht gern von ihm —; und ich glaube, er hat ihn enterbt.“

„Was Sie sagen!“
Hjarmer legte seine weiße Hand auf Ramsell Bergs Ansehlhande, die sie im Schoß gefaltet hielt, und sagte mit einschmeichelnder Freundlichkeit:

„Ja — a! — Ach ja!“ Sie blickte ihm hastig in die Augen, als sie aber keine Spur von Hinterlist in seinem Blick fand, fügte sie hinzu:

„Ja, er hat manchmal gesagt, daß er mich in seinem Testament bedenken wolle.“

Dann zuckte es wieder in ihrem Gesicht. Sie begann zu schluchzen, während es um ihren strammen Mund bebte:

„Aber wenn man nur wüßte, wo er das Testament aufbewahrt hat!“

„Es lag also nicht in seiner Schublade?“ fragte Hjarmer ganz unschuldig und blickte auf seine Hände herab.

„Rein — denn der Schlüssel steckte noch ebenso wie damals, als er das Zimmer verließ — ach Gott, ja — und ich sah ja gleich nach, ob der böse Mensch noch mehr als die Brief-tasche geräubert hatte.“

„So, das taten Sie!“ — Der Amtsvorsteher merkte es sich wohl. — „Und das Testament lag nicht da?“

„Rein — aber die Obligationen — oder wie man es nennt — und das andere — das lag alles unberührt an seinem Platz.“

„Sie wissen mit diesen Sachen Bescheid, Ramsell Berg?“

„Ja, ich mußte ihm ja immer mit den Schlüsseln und so was behilflich sein — wenn er einen Anfall seines alten Leberleidens bekam und zu Bett lag.“

„So, ja!“

Der Amtsvorsteher erhob sich und veränderte seinen Ton.

„Ja, sehen Sie, Ramsell Berg — ich sage es nicht um einen Verdacht auszuprägen. Was Sie taten, taten Sie natürlich in bester Absicht. Aber das Eigentum eines Er-

mordeten darf nicht berührt werden, bevor das Gericht dazugewiesen ist und seine Erlaubnis dazu gegeben hat.“

Sie fuhr vor Schreck zusammen und sah scheu zu ihm auf, während ihre groben Hände über die strammstehende Taille strichen:

„Gott im Himmel — nein! — Es war ja bloß —“

„Schon gut — schon gut!“ sagte der Amtsvorsteher abschließend.

Im selben Augenblick wurde an die Kontortür geklopft, die nur angelehnt stand.

Hjarmer wandte sich überrascht um. Dann ging er hastig, um zu öffnen.

In der offenen Tür stand Werner Hilsö.

„Entschuldigen Sie, bitte!“ sagte er und grüßte. „Die Haustür stand offen.“

Frau Helwig fuhr in die Höhe und griff sich ans Herz, während ihre großen Augen der hohen, breitschultrigen Gestalt in ängstlicher Erwartung entgegenstarrten.

Hjarmer betrachtete den Fremden voller Erstaunen. Dann beugte er den Kopf zum Gruß und lud ihn mit einer höflichen Handbewegung zum Nähertreten ein.

„Bitte! — Mit wem habe ich —?“

Werner Hilsö maß die schwächliche, nervöse Gestalt, die vor ihm stand, mit einem langen, tiefen Blick. Und indem er ins Zimmer trat, sah Helwig, die ihn unterwandt betrachtete, den Schatten eines höhnischen Lächelns um seine vollen, festgeschlossenen Lippen.

„Rein Name ist Ingenieur Werner Hilsö!“ sagte er abschließend.

„Hilsö?“ wiederholte der Amtsvorsteher und trat erstaunt einen Schritt zurück, während Ramsell Berg sich umwandte und das fremde Gesicht mit ihrem scharfen, forschenden Vogelblick musterte.

Als Hjarmer nicht zu verstehen schien, erklärte der Fremde:

„Ich bin ein Adoptivsohn des alten Hilsö auf dem Ziegelhof.“

„Ich bin erfreut, Ihre Bekanntschaft zu machen!“ sagte Hjarmer zurückkommend und wandte sich vorstellend zu Frau Helwig, die den Kopf neigte, ohne den Fremden anzusehen.

„Meine Frau! — Herr Hilsö!“

Dann wies er mit der Hand auf die Haushälterin des alten Hilsö und fügte hinzu:

„Das ist just Ramsell Berg vom Ziegelhof!“

„Ja, wir beide kennen einander von früher her!“ sagte Hilsö und betrachtete sie mit einem eigenen Lächeln.

„Bitte — wollen Sie nicht Platz nehmen?“

Der Amtsvorsteher wies auf den Lehnstuhl hinter Ramsell Berg und nahm selbst auf dem Puff Platz.

„Ach kann mir denken, Herr Hilsö, daß Ihr Kommen mit dem traurigen Ereignis in Verbindung steht, das Ramsell Berg eben...“

„Ich hörte auf dem Bahnhof, daß mein Onkel ermordet sei. Als ich deshalb im Vorbeigehen beim Amtsvorsteher nach Licht sah, erlaubte ich mir näherzutreten, um den Mord zu melden.“

Frau Helwig sah von ihrer Arbeit auf.

„Dann sind Sie wohl mit dem Nachtzug gekommen, Herr Hilsö?“ fragte sie.

„Was meinen Sie, gnädige Frau?“ Werner sah vorsichtig zu ihr hin.

Hjarmer erklärte:

„Mit dem Zug, der um neun Uhr sieben von der Stadt geht, meint meine Frau — der, der eben gekommen ist.“

Jetzt verstand Werner, was sie befüchtete.

„Ja, ja!“ beeilte er sich zu sagen. „Mit dem Nachtzug.“

Hjarmer beugte sich zuvorkommend zu ihm:

„Sie kommen vom Ausland, wie ich annehme?“

„Ja — vom Ausland.“

Frau Helwig sah wieder von ihrer Stickerie auf. Sie war jetzt ganz Herr der Situation und fiel in einem leichten Konversationston ein:

„Sie kamen wohl her, um Ihren Onkel zu besuchen — und das erste, was Sie hören, ist die Nachricht von seiner Ermordung. Wie entsetzlich!“

„Ja, nicht wahr?“ Hjarmer beugte sich zu Hilsö und sagte in einem feierlichen Ton:

„Gestatten Sie mir, Ihnen meine herzlichste Teilnahme auszusprechen!“

Frau Hjarmer blickte verstohlen über ihre Stickerie zu Werner hinüber. Und wieder sah sie den Schatten eines höhnischen Lächelns auf seinen festen Lippen, als er antwortete:

„Dante! — Es bestand kein herzliches Verhältnis zwischen Herrn Hilsö und mir.“

„Ach so!“ Hjarmer betrachtete diskret seine weißen Hände, und die Unterhaltung geriet ins Stocken.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft

Konzentrationsbewegung der deutschen Kaliindustrie

Uns wird geschrieben:
 In den deutschen Borsen vollzieht sich gegenwärtig ein mit starken Kurssteigerungen verbundener äußerst lebhafter Geschäftswandel in Aktien und Kupfen der Kaliindustrie, der ersten Aufmerksamkeit verdient. Es handelt sich um die finanztechnischen Vorbereitungen zu einer großartigen Zusammenfassung der deutschen Düngemittelproduktion, die, wenn sie verwirklicht werden sollte, für die Versorgung der deutschen Landwirtschaft mit Düngemitteln und für die Entwicklung der Gesteinsindustrie der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, d. h. also für die künftige Befruchtung der Getreide, Kartoffeln usw. Preise entscheidend werden.

Die deutsche Kaliindustrie hat in der Vorkriegszeit regelmäßig etwa 50 Proz. ihrer Erzeugung im Ausland abgesetzt und aus diesem Exportgeschäft, zumal sie keine Konkurrenz zu fürchten hatte, gute Gewinne gezogen. Durch die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich entstand der Wehrzoll der deutschen Kaliwerke in den effizienten Werken eine recht unangenehme Konkurrenz, die sich nicht nur in Holland und anderen ungediegenen Abgabeböden, sondern auch in den Vereinigten Staaten bemerkbar machte. Amerika wurde gerade zu einer Zeit mit effizienter Kali überflutet, wo die dortigen Baumwollspinner in Anbetracht der damals niedrigen Baumwollpreise kein Interesse an einer intensiveren Bearbeitung des Bodens mit Düngemitteln hatten. Infolgedessen lagerten am Ende des Jahres 1921 in den Vereinigten Staaten bedeutende Kalivorräte, die nur allmählich in den Verbrauch übergeführt werden können. Das deutsche Kalikontingent hat versucht, das alte Absatzgebiet wiederzugewinnen. Gegenwärtig kann aber bestenfalls nur etwa ein Sechstel der deutschen Kaliproduktion im Ausland abgesetzt werden. Allerdings ist zu hoffen, daß auch hierin eine Besserung eintritt, da die ausländischen Verbraucher erkennen haben, daß das effiziente Kali im Vergleich zum deutschen minderwertig ist. In der Vorkriegszeit bildeten ferner die jetzt an Polen gefallenen deutschen Bodenteile ein wichtiges Absatzgebiet, das vorläufig durch ein Ausfuhrverbot gesperrt ist. Aus diesen Gründen ist der Abschluß der deutschen Kaliindustrie fast zurückgegangen. Neuerdings zeigt sich jedoch in der deutschen Landwirtschaft eine steigende Verwendung von Düngemitteln, die naturgemäß auch dem Kalimarkt zugute kommen und von den Interessenten zu festgesetzten Preiserhöhungen ausgenutzt wird. Deht nicht man auch die Rentabilität des Kaliüberbaues u. a. durch gewisse Monopolabschreibungen, an der sich die Stickstoff- und Superphosphatproduzenten beteiligen, zu heben.

Wie sich diese Tendenzen auswirken, wird die nächste Zukunft lehren. Bisherig arbeitet man hinter den Kulissen. In enger Fühlung mit der chemischen und Kautschukindustrie bereitet man eine großartige Kapitalüberwindung vor, die die einheimische Preispolitik der Großinteressenten der Düngemittelindustrie auf dem Fuße folgen wird. Die weitere Öffentlichkeit wurde auf diese Vorgänge aufmerksam, als man erfuhr, daß die Berliner Bankfirma Hugo S. Herzfeld, die an der Börse schon häufig große Aktienpakete verschiedener industrieller Unternehmungen zusammengekauft und dann die überflüssigen Verwaltungen vor vollendete Tatsache gestellt hat, sich einen Stammaktienbesitz von 12 Millionen Mark der Aktiengesellschaft Kaliwerke in Anspruch genommen hat, deren gesamtes Nominalkapital 32 Millionen Mark beträgt. Aus der Tatsache, daß die Firma Hugo S. Herzfeld sowie ein auch in diesem Falle tätiges anderes Berliner Bankgeschäft schon bei der Vorbereitung der besagten Transaktion der Transaktion der Kaliwerke eine Rolle gespielt hatte, schloß man daraus, daß zwischen Kaliwerken und Manoschewitz Verbindungen hergestellt werden würden. Andererseits scheint aber auch der Nikotinsyndikat, der durch seine großen Stickstoffwerte am Düngemittelmarkt stark interessiert ist, sich Einfluß auf die Kaliindustrie sichern zu wollen. Es handelt sich also in diesem Fall nicht nur um die Konsolidierung weiterer Kaliwerke an den Westeuropäern, sondern auch um eine gewisse vertikale Zusammenfassung durch Fühlungnahme mit weiterarbeitenden Betrieben der chemischen Industrie und um ein Zusammengehen mit Stickstoffproduzenten. Die Erfahrungen der Kriegszeit haben gelehrt, daß je nach den Bodenverhältnissen eine Verwendung von Kali und Superphosphat in gewissen Verhältnissen nebeneinander besonders vorteilhaft ist. Infolgedessen suchen auch die Erzeuger dieser beiden Düngemittel ihre Interessen zu verknüpfen. Hier liegt der Kern des auffallend starken Aktienaufbaus bei den Deutschen Kaliwerken

und verschiedenen Unternehmungen der chemischen Industrie. Es soll sich vor allem darum handeln, ein großes ostdeutsches Werk, das sich der Herstellung von Superphosphat widmet und das auch an einem chemischen Großbetriebe an der Ostseeküste interessiert ist, mit den Deutschen Kaliwerken irgendwie zusammenzubringen. (Es sind dies, wie inzwischen bekannt geworden ist, die Oberhessische Kaliwerke und Chemischen Fabriken, Red.) Da bei diesen Transaktionen sehr große und hochwertige Unternehmungen in Frage kommen, geht der Kurswert der auf diese Weise zusammengekauften Kapitalien in die Milliarden Papiermark. Außer den erwähnten Konzernen ist auch die Gruppe Wintershall, Alexanderhall sehr rührig, die kürzlich eine eigene Finanzierungs-gesellschaft, die Kaliindustrie U. G., mit dem Sitz in Berlin gegründet hat, um ihre Transaktionen leichter durchzuführen zu können.

In wie starkem Maße diese Aktienaufkäufe die Kursbewegung der Kaliwerke beeinflusst haben, ergibt sich aus nachstehender Zusammenstellung der Kurse einiger an der Berliner Börse gehandelten Kaliwerte:

	Anfang 1921	Ende 1921	17. Jan. 1922
Westeregeln	942	1595	3250
Deutsche Kali	474	1040	1880
Kalimerte Aktienleben	450	750	1000
Leopoldshall	329,5	2100	4000

Zur Kurssteigerung der Westeregelnaktien ist zu bemerken, daß den Aktieninhabern im vergangenen Jahre hohe Bezugsrechte zuerkannt sind, so daß die Höherbewertung des Nominalkapitals in Wirklichkeit eine viel größere ist. Die ganze Kaliindustrie hat natürlich nur dann einen Sinn, wenn es gelingt, durch die jetzt in Vorbereitung befindlichen Zusammenfassungen und Interessengemeinschaften die Düngemittelpreise und damit die Rentabilität der einschlägigen Betriebe kräftig zu erhöhen. Es handelt sich also bei den ganzen Vorgängen an der Börse nur um eine Wertevermehrungspolitik, deren Kosten letzten Endes die Verbraucher landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu tragen haben. Wenn die Kaliindustrie ihre Rentabilität erhöhen will, so würde sie gut daran tun, dies durch technische Verbesserungen, vor allem durch größeren Ausbau des Verarbeitungsprozesses, anzustreben. Hierzu bieten sich insbesondere durch die Gewinnung von Brom, Bitteralz und zahlreichen anderen End- und Nebenprodukten noch große Möglichkeiten.

Der Weg der Monopolisierung der gesamten Düngemittelindustrie ist natürlich für die Kaliwerke und die hinter ihnen stehenden Bankkreise der einfachere, für das deutsche Volk aber unbedeutend ein schädlicher.

Die Kohlenförderung des Ruhrgebiets.

Im Dezember 1921 wurden im Ruhrbecken (einschl. der linksrheinischen Steine) 8054517 Tonnen Kohlen in 25 1/2 Arbeitstagen gefördert, gegen 772658 Tonnen in 2 1/2 Arbeitstagen im November 1921 und 8236267 Tonnen in 25 1/2 Arbeitstagen im Dezember 1920. Die arbeitstägliche Förderung stellte sich im Dezember 1921 auf 318 991, im November 1921 auf 320 522 Tonnen und im Dezember 1920 auf 326 189 Tonnen. Bei einem Vergleich der Zahlen ist zu beachten, daß im Dezember 1920 das Uberschichtenabkommen in Geltung war.

Für die einzelnen Jahresperioden von 1920 bis 1921 ergeben sich folgende Förderzahlen:

	1921	1920
1. Viertel	23 982 794 Tonnen	19 082 062 Tonnen
2. "	22 602 942 "	21 088 467 "
3. "	28 704 612 "	22 850 105 "
4. "	28 874 628 "	21 895 158 "
Gesamtjahresfödr.	94 144 765 Tonnen	88 255 780 Tonnen

Für 1921 ergibt sich mithin im Vergleich zu 1920 bei fast gleicher Zahl der Arbeitstagen (1920: 362 1/2; 1921: 302 1/2) eine Mehrförderung von 5 890 008 Tonnen. Zu beachten ist dabei, daß die Förderung des Jahres 1920 sich im ersten Viertel infolge des Kapp-Lufches im März und sozialer Eingriffe in den Monaten Januar und Februar außerordentlich ungenügend gehalten hat. Im Jahre 1920 war das Uberschichtenabkommen nur 10 Monate in Geltung, 1921 dagegen nur 2 1/2 Monate. Die Gesamtzahl der produzierten Uberschichten stellte sich 1920 auf 16 023 977, 1921 auf 9 890 465. Im letzten Jahre vor dem Kriege (1913) betrug die Förderung des Ruhrbeckens 114,85 Millionen Tonnen, 1921 stellte sich die Förderung noch um 20,44 Millionen Tonnen niedriger.

Landesversicherungsanstalten und Wohnungsverbau. Der Verband deutscher Landesversicherungsanstalten hielt in Hannover eine Sitzung ab, in der über die Verwendung der zu erwartenden Ueber-

schüsse der Versicherungsanstalten Beschlüsse gefaßt wurden. Die Versammlung erklärte sich in Uebereinstimmung mit den vorher mit dem Reichsarbeitsminister gepflegten Verhandlungen damit einverstanden, daß die Landesversicherungsanstalten zunächst für die Jahre 1921, 1922 und 1923 Baukosten beihilfen zur Verfügung stellen. Die Beträge sollen den Ländern darlehensweise gegen Staatsschuldcheine überwiesen und in den Bezirken verwandt werden, in denen sie aufkommen. Zur Rückzahlung der Darlehen sollen in erster Linie die Erträge der neuen Reichsteuer verwandt werden.

Die bedrohte Währung. Nicht nur vom Ausland her — durch die Valutamanglungen — sondern auch im Inland ist die deutsche Währung bedroht. Bei einigen Verbänden machen sich nämlich Bestrebungen geltend, im Inlandsverkehr zu einer Preisbemessung in ausländischer Währung überzugehen. Diese Bestrebungen müssen volkswirtschaftlich als sehr bedenklich bezeichnet werden. Kommen wir erst zu einer Ausschaltung unserer Marktwährung, denn das wäre die Folge, wenn in größerem Umfange dieser Zahlungsmodus sich einführt, dann muß mit Naturnotwendigkeit ein weiteres Umlaufvermögen der Mark eintreten und damit eine Schädigung aller Lohn- und Gehaltsempfänger. Einen anderen Weg, der im Ueberschichtenabkommen auf daselbst hinauskommt, beschreiten in der Tuchindustrie einige Firmen, indem sie ihre Abnehmern den Abschluß in Friedensmark auferlegen; d. h. es soll die Zahlung bewertet werden nach Goldmark, so daß die Entwertung der Mark und ihre starke Schwankung im Kurs für die Fabrikanten nicht mehr in Frage kommt. Hiergegen ergeben sich dieselben Bedenken wie bei der Fakturierung in Auslandszahlungsmitteln. Der innere Markt würde stark bedrückt und beunruhigt werden. Sollten sich diese Bestrebungen in umfangreichem Maße durchsetzen, so wird zu prüfen sein, ob nicht durch die Gesetzgebung solche Verpflichtungen für nichtig zu erklären sind.

Eine Siedlungs-, Wohnungs- und Baugilde in Deutschösterreich!

Kürzlich verammelten sich die Gesamtverbände des Zentralverbandes der Bauarbeiter Oesterreichs, des Oesterreichischen Verbandes für Siedlungs- und Kleingartenwesen sowie der Oesterreichischen Bauernvereine, um eine Gilde zu konstituieren. Die engere Siedlungsvereinsammlung (den Vorstand) bilden Vertreter der Bauarbeiter, Vertreter des Oesterreichischen Verbandes für Siedlungs- und Kleingartenwesen und Vertreter der Oesterreichischen Bauernvereine. Die Versammlung gab ihrem entschlossenen Willen Ausdruck, sich alle Rechte einer Interessensvertretung des Wirtschafts-zweiges Siedlungs-, Wohnungs- und Baugewesen zu erkämpfen, für die Kontrolle und Durchführung aller Neubauten und Reparaturen aus Steuergeldern und die Verwaltung der Häuser durch die Gilde einzutreten, im weiteren Verlauf auch für die planmäßige Herrschaft über den ganzen Wirtschaftszweig im öffentlichen Interesse.

Die Jahressoyproduktion der Welt. Nach englischen Angaben werden in den Vereinigten Staaten jetzt jährlich rund 32 000 Tonnen Sojabohnen hergestellt, in Großbritannien 30 000, in der Schweiz 12 000, in Frankreich 8000 und in anderen Ländern ohne Deutschland 4000 Tonnen. Deutschlands Erzeugung betrug vor dem Kriege 125 000 Tonnen, heute dürfte sie nach Ansicht des englischen Sachverständigen erheblich größer sein. Deutschland erzeugt daher immer noch etwa das Doppelte der Gesamtproduktion der übrigen Länder.

Die neuen Wirtschaftseinrichtungen Sowjetrusslands. Im Laufe ihres ersten Geschäftsjahrs hat die Genossenschaftsbank einen Umsatz von 27 Milliarden Rubel erzielt. Die Staatsbank gemäß dem „Zentralsojus“ (Zentralverband der Genossenschaften) einen Goldkredit in der Höhe von 120 000 Pfund Sterling gegen Sicherung mit Waren für Einkäufe im Ausland. Die verpachteten Betriebe erreichten in Moskau am 1. Januar d. J. die Zahl von 285, wovon fast die Hälfte an Genossenschaften vergeben worden ist. Die Wadenteinkünfte des Staates betragen etwa 10 Milliarden Rubel. Die Staatsbank erzielt bis zum 10. Januar aus dem Ausland 519 Geldüberweisungen im Betrage von 4 Milliarden Rubel.

Wetter die kommenden Winter. Ein wenig kälter, teilweise böiger, jedoch vorherrschend milde ohne erhebliche Niederschläge bei mäßigen Winden.

(Gibt bei reaktionären Kreisen.)

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
 Berlin Fabrik, große Auswahl, Verkauf mehrwöchlich
Koch & Seeland G. m. b. H.
 Gertraudenstr. 20-21.

REINER WEINBRAND
 IN FRIEDENSQUALITÄT
MARKE

Goldstück

Jac. Stöck Nachf. A.-G., Zweigniederlassung Berlin O 34, Kommodenstr. 44. Telefon: Königstadt 593.

J. STÖCK-NACHF. A. G.
WEINBRENNEREIEN
HANAU a. M.

Am Montag, den 16. Januar 1922, verschied plötzlich und unerwartet unser langjähriger Beamter, der
Zahlstellenverwalter Herr Franz Reinseh
 Ständig bemüht, für die Interessen der Kasse sowohl als für die der Kassensmitglieder einzutreten, war er uns ein lieber, pflichttreuer Mitarbeiter dessen Tod uns auf das allerschmerzlichste trifft.
 Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.
 Charlottenburg, den 21. Januar 1922
Vorstand und Verwaltung der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Stadtkreis Charlottenburg.

Beil.-Verz. 6. 1. 12 (379)
 12. Wdt. (A. Arndt).
 Am 14. Januar 1922 verstarb die Frau unserer I. Ehegattin, die
Susanna Daatsch
 Wir werden ihrem Andenken Gedenken nach 9 Uhr im Krematorium Charlottenburg, den 14. 1922, nachmittags 4 Uhr, feierlich bestatten lassen.
 Die Beerdigung erfolgt am 14. 1922, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Charlottenburg.
 Die Beerdigung erfolgt am 14. 1922, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Charlottenburg.

In Ihrer Hand
 liegt es, die richtige Einkaufsquelle zu wählen. In diskreter Weise auf
KREDIT HERRN - ULSTER
 schlüpfer
PALTOYS
 Jacken - u. Sackwaren
ANZUG
 Ersatz für Maß-Damen - Kaufaktion
MÜBEL
 Einrichtungen in vier Etagen
A. Damitt
 Rosenthaler Str. 46-47

Soeben erschienen!
M. PHILIPS PRICE
Die russische Revolution
 (Erinnerungen aus den Jahren 1917-1919)
 Aus dem Inhalt: Der Petersburger Sowjet und die erste Koalition / Das erste Stadium der Agrarrevolution / Wie die Kosaken und Tataren über die Revolution dachten / Der Sturz der bürgerlichen Koalition - Alle Macht den Räten / Sabotage der Intellektuellen und der Kampf auf dem Bauernkongress / Die internationale Gegenrevolution geht zur Offensive über
 495 Seiten Preis: brosch. Mk. 44.00, geb. Mk. 51.00
 (Organisationsausg.) : 19.00, " " 35.00
Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cahmley, Hamburg

Große Hafen
 Collectionen, Kaiser
Birn-Weiß 19, 20, 21
 1922er **Rudelgänse**
 Bunte, gelbe, graue
 O. E. Holz, Schützenhaus
 Rosenbr. 2.

Metallbetten
 Stahlmetall - Ständer
 12. 1. 12. 1922
 12. 1. 12. 1922
 12. 1. 12. 1922

Everth & Mittelmann
 Bankgeschäft
 Geogr. Berl. C 19, Friedrichstr. 4
 gegenüber d. Petrikirche
 Fernspr.: Zentrum 2153, 7103 u. 11541
An- u. Verkauf v. Effekten u. Coupons
 Geschäftsz. 9-5

Zahngelbisse
 u. in Gold- u. Silber
 Platin-, Gold-, Silber- u. Stahl
 NO. Strauß-
 bergstr. 34
 am Straußberger Platz
 Str. 3. 1. 2. 3. 22. 23. 24. 25.

Suche
 nach Selbstverwirklichung
Gebirgssteine
 u. Edelsteine
 in jeder Spezies
G. Schilppacke
 Schmied
 Friedrichstraße 210
 2. 1. 12. 1922

Platin-, Gold- u. Silberbruch
 Zahngelbisse, Uhren, Ketten, Ringe
 sowie
 sämtl. **Altmetalle**
Roseneck, Berlin O Schreinerstr. 33
 eine Minute vom Bahnhof Frank. A. ln. und
Reinhold, Zlotchstr. 4, 4. u. 4. der Bergstr.
Gold-, Silber-, u. Eisenwaren
 Größtes Absatzgebiet für Händler

Poliklinik f. urogenitale Beratung
 für alle Haut-, Geschlechtskrankheiten,
 Syphilis, Herpes, Gonorrhoe, trieh u. be-
 sondernes venäres, etc. nervöse Störungen,
 Mannschwäche, Haarverlust usw. jeden
 Dienstag u. Donnerstag 11-1. Dr. med. H.
 Schmidt, Spezialinstitut, Berlin NW 117,
 Kottbuser Str. 7A, am Kriminalgericht. Be-
 zehrende Broschüre 50 Pf. diskret gegen 2 M.
 Leiden angeben.

Allen voran
 beim Einkauf von
Brillanten
**Platin-, Gold- und Silber-
 Uhren**
 Zahngelbissen
 Zahne bis 300 Mk.
Ketten
Mänzen
 die führende Firma
Juweller
H. Wiese
 hande-ager eingetr.
 Artilleriestr. 30
 5. Miagt. v. Bshh.
 Friedrichstraße

Inserate
 im
Vorwärts
 verbürgen
Erfolg

Rauchtabak
 12. 1. 12. 1922
 12. 1. 12. 1922
 12. 1. 12. 1922

Rund
 12. 1. 12. 1922
 12. 1. 12. 1922
 12. 1. 12. 1922

70 Jahren
 12. 1. 12. 1922
 12. 1. 12. 1922
 12. 1. 12. 1922

Wahnsinnig hohe Preise
 zahle ich für **Alt-Kupfer, Rotguss, Messing,**
Zinn, Blei und Zink
Alt-Metall-Börse des Nordens
 nur **Bernauer Straße II**
 Ab 3 Kilo werden Straßenbahn-Fahrtkosten vergütet.

Aufscher- u. Chauffeurpelze
 engl. Raum und cultural. Ringe mit braunem, wasser-
 beständigem Stoff aus Seidenwolle, gebreitet aber gut er-
 halten, 3 bis 100 und 300 Mk. Pelzpelze, ohne
 Hemdstr. 6 u. 11. 12. 1922
 handhaben aus la Leder 2 bis 30 u. 11. 12. 1922
 Haut aus Rind u. Schafschaffeln reiner AGILA
 Kautschuk-Gel. f. Schuhe u. a. Handwerksbedarf
 m. h. g. Berlin G. 12. 1. 12. 1922

Erfinder
 12. 1. 12. 1922
 12. 1. 12. 1922
 12. 1. 12. 1922

